Mittwoch, den 26. Juli 1922.

# Bochumer Zeitung
# Märkischer Sprecher

94. Jahrgang. — Nr. 172.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 35.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 105.— Mk., monatlich 35.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. — Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 1,20 Mk., Familienanzeigen 1,00 Mk., Stellengesuche 80 Pfg.; außerhalb 1,50 Mk. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 8.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

## Polnische Regierungskünste in Polnisch-Oberschlesien.

Von unserem oberschlesischen Mitarbeiter.

Polen ist bereits heute hurtig an der Hand, die hochstehende oberschlesische Wirtschaft dank seines polnischen Fanatismus, dank der Unzulänglichkeit und Unzuverlässigkeit seines Beamtenkörpers in Grund und Boden zu wirtschaften, ebenso wie Polen es fertiggebracht hat, die hochstehende Agrarwirtschaft Posens und Westpreußens in wenigen Monaten völlig zu vernichten.

Ein Schulbeispiel für diese polnische Mißwirtschaft sondergleichen sind die verworrenen Zollverhältnisse in Oberschlesien. So führt ein fanatisches polnisches Blatt, die „Kath. Volkszeitung" in Rybnik, darüber Klage, daß von den polnischen Zollbehörden in Rybnik eine — bisherige Stiftendirne als Zollkontrolleurin angestellt wurde! In allgemeiner Hinsicht schreibt das Blatt: „Kein Mensch weiß, wie es mit der Ein- und Ausfuhr steht, ob an den Grenzen Zoll erhoben wird oder nicht. Selbst die meisten Zollbeamten wissen das nicht." Etwas weiter in der Erkenntnis zur Wahrheit ist die polnische „Grenzztg." vorgedrungen. Sie hat bereits herausgefunden, daß Polnisch-Oberschlesien ohne die Waren aus Deutschland einfach nicht existieren kann und sie sagte in den letzten Tagen in einem Artikel u. a.: „Hört hier in Oberschlesien nicht schnellstens die papierene Verbohrtheit und bürokratische Handhabung der Ein- und Ausfuhr-Zollbestimmungen auf, so stehen wir vor Komplikationen, deren Tragweite überhaupt nicht abzusehen ist."

Frankreich hat es hierbei wieder verstanden, sich eine ganze Reihe schwerwiegender Zollerleichterungen, so z. B. die völlige Freigabe französischer Luxusartikel zu verschaffen. In den letzten Tagen mußte auf dem Bahnhof Hindenburg ein Paket mit 46 Pfund Spielwaren mit 4900 deutschen Mark verzollt werden! Ein Klavier, aus Frankreich eingeführt, ist zollfrei, von Deutschland kommend beträgt der Zoll über 20 000 Mark. Eine Schreibmaschine, ein Artikel, an dem gerade das hochentwickelte Oberschlesien großen Bedarf hat, erfordert polnischerseits einen Zoll von über 21 000 Mark. Bei der Einfuhr von Obst unterliegen z. B. Kirschen einem polnischen Zoll von 4 Mk. pro Pfund. Dies hat es mit sich gebracht, daß in Gleiwitz die Kirschen etwa 6 Mk. je Pfund kosten, in Kattowitz aber 12 bis 15 Mk. Zölle von lächerlicher Höhe auf Mörtel aller Art hat bereits der Verband der Möbelhändler der Wojewodschaft in einer Eingabe an den Wojewoden hingewiesen. Zitiert sei daraus, daß der polnische Einfuhrzoll auf Möbel, der nach Gewicht (!) berechnet wird, je 100 Kg. 2975 Mk. (deutsche) beträgt! Eine Wohneinrichtung von nur Schlafzimmer und Küche im Werte von 30 000 Mk. würde einen Zoll von 20 825 Mk. zu tragen haben. Dabei sind die Polen auch nicht im entferntesten in der Lage, den Möbelbedarf Polnisch-Oberschlesiens irgendwie in eigenen Fabriken zu decken.

Hand in Hand mit diesem Zollwahnsinn, bei dem nicht vergessen werden darf, daß Polnisch-Oberschlesien auf deutsche Waren direkt angewiesen ist, geht der wirtschaftliche Zerfall in diesem ehemals hochentwickelten deutschen Industrielande. Das Ersticken der oberschlesischen Industrie im polnischen Unrat ist ein glattes Verbrechen am europäischen Wirtschaftskörper.

## Die Londoner Tagung des Völkerbundsrates.

**London**, 25. Juli. Der Völkerbundsrat hat seine Londoner Tagung geschlossen.

In der Nachmittagssitzung teilte der Präsident mit, daß die Bedingungen der Mandate für Syrien und Palästina genehmigt worden sind. Die beiden Mandate werden automatisch in Kraft treten, sobald die Regierungen Frankreichs und Italiens ihm mitgeteilt haben würden, daß sie bezüglich gewisser Punkte des syrischen Mandats, über die gegenwärtig verhandelt würde, einig seien. Die Regelung der Frage der heiligen Stätten in Palästina ist einer Kommission übertragen worden, deren Zusammensetzung und Funktionen vom Völkerbundsrat genehmigt sein müssen.

**Viviani**

betonte in seinem Schlußwort, daß bei den nichtöffentlichen Sitzungen des Rates keineswegs von Geheimdiplomatie die Rede sein könne. Derartige nichtöffentliche Besprechungen hätten sich als sehr geeignet beim Ausgleich von Meinungsverschiedenheiten erwiesen.

**Balfour**

sprach die Hoffnung aus, daß die verschiedenen religiösen Gemeinschaften und Rassen in Palästina in Eintracht miteinander leben würden. Der arabischen Bevölkerung würde ihre Freiheit erhalten bleiben, und sie werde zu Wohlstand kommen, an den unter türkischer Herrschaft nie zu denken gewesen wäre. Bezüglich Palästinas als Heimstätte des jüdischen Volkes seien seine Ansichten unverändert geblieben. Die Interessen der arabischen und der jüdischen Bevölkerung ständen miteinander durchaus nicht im Gegensatz.

Art. 14 des Mandats für Palästina hat folgende neue Fassung erhalten: Eine Sonderkommission soll vom Mandatar ernannt werden, um die Rechte und Ansprüche bezüglich der heiligen Stätten und die Rechte und Ansprüche der verschiedenen religiösen Gemeinschaften in Palästina zu prüfen und festzusetzen. Das Verfahren der Ernennung, Zusammensetzung und die Funktionen dieser Kommission sollen dem Völkerbundsrat zur Genehmigung unterbreitet werden. Die Kommission soll nicht ohne Genehmigung des Völkerbundsrates ernannt werden oder ihre Funktionen aufnehmen.

## Die deutsche Presse zum Vorgehen Bayerns

Die

**Deutsche Allgem. Ztg.**

schreibt: Die bayrische Notverordnung ist der erste Fall einer offenbaren Auflehnung eines Landes gegenüber dem Reich, dessen Glied es ist. Die Reichsgesetze zum Schutze der Republik sind, da sie möglicherweise eine Verfassungsänderung darstellen, mit der für solche erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Demgegenüber hat kein Land das Recht, seine Staatsangehörigen zur offenen Widersetzlichkeit gegen die Reichsgerichte aufzufordern. Die bayrische Regierung hat sich mit der Notverordnung auf einen äußerst gefährlichen Weg begeben, der zum Auseinanderfallen des Reiches und zum Bürgerkrieg führen kann.

**Die Germania**

führt aus: Bayern stützt sich bei seinem ungewöhnlichen Schritt auf § 48 der Reichsverfassung, welcher der Landesregierung bei Gefahr im Verzuge für ihr Gebiet die Anordnung einstweiliger Maßnahmen zubilligt; aber es kann der Sinn dieser Bestimmungen nicht sein, den Regierungen dieser Länder die Befugnis zu geben, durch Regierungsbeschlüsse Reichsgesetze wieder aufzuheben. Wenn man Bayern dieses Recht einräume, dann kann man den Staaten mit sozialistischer Mehrheit nicht verwehren, daß sie die Gesetze nach ihrer Art auslegen. Der Reichspräsident und der Reichstag haben zu Grund der Verfassung die Befugnis, die bayrische Verordnung unverzüglich wieder aufzuheben. Die neueste bayrische Sonderaktion kann nur als eine politische Demonstration gegen das Reich betrachtet werden.

**Das Berliner Tageblatt**

ist überzeugt, daß eine solche Haltung, wie die Bayerns zur Untergrabung der Staatshoheit des Reiches und zur Auflösung der Reichseinheit führen muß, und daß deshalb die Reichsregierung auf die Beseitigung der Verordnung dringen muß.

**Die Vossische Zeitung**

bezeichnet das Unternehmen der bayrischen Regierung das sie unter Zustimmung der bayrischen Kammer begonnen hat, als Anfang der inneren Auflösung des Reiches. Das Blatt fragt, wohin sollte das Deutsche Reich kommen, wenn jeder deutsche Freistaat sich vorbehalte, alle Reichsgesetze, die nach seiner Auffassung nachteilige Einwirkung auf den eigenen Freistaat haben könnte, einfach nicht im Wortlaut ausführe, sondern durch eigene Verordnung mehr oder weniger sabotiere.

## Der bayerische Gesandte beim Reichskanzler

Wie die Blätter mitteilen, erschien der bayrische Gesandte von Preger beim Reichskanzler und teilte ihm den wesentlichen Inhalt der von der bayrischen Regierung beschlossenen Verordnung mit. Der Wortlaut der Verordnung lag gestern abend bei den amtlichen Stellen in Berlin noch nicht vor. Die Reichsregierung konnte infolgedessen dazu noch keine Stellung nehmen. Das Reichskabinett wird heute vormittag eine Sitzung abhalten, in der die durch den bayrischen Erlaß geschaffene Rechtslage geprüft werden soll.

Laut Vossischer Zeitung wird sich das Reichskabinett auch über die Folgerungen schlüssig werden, die politisch aus dem Vorgehen Bayerns zu ziehen sind. Das Blatt hält es für wahrscheinlich, daß der **Reichstag bald wieder zusammentreten wird.**

## Sozialistische Arbeitsgemeinschaft in Bayern.

TU. **München**, 25. Juli. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie im bayrischen Landtage hat die Bildung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft im Reiche als einen Akt politischer Notwendigkeit gebilligt und gleiche Schritte in Bayern gefordert. Der Vorstand der Mehrheitssozialisten Bayern traf gestern zu Besprechungen in München zusammen, um zu der Haltung der bayrischen Regierung Stellung zu nehmen. Die Fraktionen der beiden sozialistischen Parteien versammeln sich dann zu einer gemeinsamen Sitzung. Beschlüsse liegen noch nicht vor. Aus den gemeinsamen Besprechungen dürfte jedoch ein einheitliches Vorgehen der beiden Parteien zu erwarten sein. Man kam zu dem Entschluß, in Ruhe den weiteren Verlauf der Dinge abzuwarten. An den Beratungen der Parteien nahmen auch die Reichstagsabgeordneten Hermann Müller und Adolf Braun teil.

## Vertretertag des 25. Wahlkreises der Deutschen Volkspartei.

TU. **Elberfeld**, 25. Juli. Der 25. Wahlkreisverband der Deutschen Volkspartei hielt in Elberfeld einen stark besuchten Parteitag ab.

Abg. Stresemann sprach über die politische Lage. Er erklärte, daß die Deutsche Volkspartei auf jeden Fall positive Arbeit auf dem Boden der heutigen Staatsform leisten will. Die Partei habe den Schutzgesetzen zugestimmt, nachdem ihnen der Charakter eines Ausnahmegesetzes genommen worden sei. Ueber das Verhältnis der Deutschen Volkspartei zur Deutschnationalen Volkspartei sagte der Redner, daß es solange trüb bleiben werde, bis die Deutschnationale Volkspartei ihre Reihen gesäubert habe und den alten Grundsatz nach Opposition auf jeden Fall aufgegeben habe. Herzliche Worte fand der Redner für die Bewohner des besetzten rheinischen Gebietes; ihr Geschick zu bessern, werde stets das Ziel der Deutschen Volkspartei sein.

Eine einstimmig angenommene Entschließung lautet: „Der aus allen Teilen des 25. Wahlkreises zusammengekommene Vertretertag der Deutschen Volkspartei billigt die zielklare Politik, wie sie die Reichs- und Landtagsfraktion in diesen schweren Zeiten verfolgt hat und wie sie besonders in der Entschließung des Reichsausschusses vom 9. Juli ausgesprochen worden ist. Er spricht dem Führer der Partei, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann sein uneingeschränktes Vertrauen aus."

## Der Elberfelder Parteitag der Deutsch-Demokraten.

Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung" findet der 4. ordentliche Parteitag der Deutschen demokratischen Partei vom 8.—10. Oktober in der Stadthalle in Elberfeld statt.

## Von dem deutsch-polnischen Abkommen.

Zum deutschen Bevollmächtigten für Arbeitsfragen ernannte die Reichsregierung aufgrund des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien den früheren Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium Dr. Max Brahn. Brahn ist Oberschlesier.

## Transport ungarischer Kommunisten durch Berlin.

Aus Berlin meldet man: Am Montag vormittag trafen in Begleitung sächsischer Polizeibeamter ein Transport von 83 gefangenen ungarischen Kommunisten auf dem Stettiner Bahnhof ein. Der Transport bestand aus ehemaligen ungarischen Offizieren, Polizeibeamten und Arbeitern, die über Stettin nach Riga weiter geleitet werden.

## Monarchistische „Kindereien" in Oesterreich.

Aus Wien meldet man: In der vorigen Woche haben die schwarz-gelben Legitimisten in Wien unter dem Namen Oesterreichische Staatspartei eine Partei gegründet, die sich die Wiederherstellung Oesterreichs als habsburgische Monarchie mit Kaiser Otto an der Spitze zur Aufgabe gemacht hat. Diese Leute haben sich unter Eid verpflichtet, gegen jede Beleidigung eines Mitgliedes des Kaiserhauses mit allen Mitteln einzuschreiten. Der Präsident dieser Vereinigung ist ein ehemaliger Artillerieoffizier namens Hofnig, der schon mehrmals in Untersuchung stand. Es wurde bei ihm eine Haussuchung vorgenommen. Seine ganze Aktion wird hier nicht ernst genommen. Er verfügt nur über eine Anhängerschaft von einigen Hundert Leuten ohne jeden politischen Einfluß.

## Frankreich zum Prozeß Leoprechting.

Pertinax schreibt im „Echo de Paris":

Der Gerichtspräsident hütete sich wohl, im Prozeß Leoprechting, der öffentlich angeklagt ist, als Agent des Auslandes in den Dienst des französischen Gesandten in München, Dard, getreten zu sein, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Die Berichte Dards hätten den deutschen Patriotismus ausgedrückt, der sich für Macht und Einigkeit einsetze und vergleichbar sei mit dem französischen Patriotismus. Diese Tatsache genüge allein, um festzustellen, welche Verleumdungskampagne gegen den französischen Gesandten geführt werden. Aber könne es andererseits geduldet werden, daß Frankreich in dieser Weise in München in der Person seines Gesandten beleidigt werde? Hätte Bismarck 1872 geduldet, daß sein Wortführer in Paris von allen denunziert und in einem öffentlichen Prozeß durch den Staatsanwalt des Thiers angeklagt werde? Das französische Ministerium tat recht, trotz alledem den französischen Gesandten in München auf seinem Posten zu belassen. Aber die Intriguen des Generals Ludendorff und seiner Freunde erforderten vielleicht eine andere Antwort.

## Fortdauer der polnischen Kabinettskrise.

Aus Warschau meldet man: Einer halbamtlichen Mitteilung der Polnischen Telegraphen-Agentur zufolge ist in der Regierungskrise keine Aenderung eingetreten. Dagegen besteht die Meinung, daß der ehemalige Ministerpräsident Lekolowicz mit der Regierungsbildung betraut werden soll. Als Finanzminister dürfte Sastrzebski, als Minister des Innern Kaniewski und als Außenminister Alexander Krisciński, Gesandter in Bukarest in Frage kommen. Es handelt sich, wie betont wird, nur um Kombinationen der Zeitungen.

## Der Schatten des Schutzgesetzes.

Die bayerische Krisis, die schon auf die Reichsrats- und Reichstags-Verhandlungen über die Schutzgesetze ihre Schatten warf, ist auf ihren Höhepunkt angelangt. Sowohl außenpolitisch unter der Aera der unerhörtesten Ententebedrückungen, wie innenpolitisch inmitten eines fast unentwirrbaren Chaos ist diese Wendung, die die Dinge in Bayern genommen, auf das Höchste schmerzlich. Das Vorgehen Bayerns, eigene Landesverordnungen zu erlassen, die Ausschaltung der Reichszentralbehörde, wie auch des Staatsgerichtshofes bei diesem Gesetze zum Schutze der Republik, die glatte Nichtanerkenntnis des Reichskriminalgesetzes werden wohl trotz aller Konferenzen und Kabinettssitzungen in Berlin nach Lage der Dinge dem Reichskanzler Dr. Josef Wirth keinen anderen Ausweg übrig lassen, als den Reichstag wieder zusammenzurufen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" kennzeichnen übrigens treffend die Situation, wenn sie schreiben, daß seit Bestehen des Reiches noch nie sich eine solche Kluft zwischen der Zentrale Berlin und Bayern aufgetan hätte, wie zur Stunde. Die bayerische Regierung beruft sich bei ihrem jetzigen Vorgehen auf Artikel 48 der Reichsverfassung, der den Landesregierungen das Recht gibt, im Falle dringender Gefahr Bestimmungen der Verfassung außer Kraft zu setzen. Ohne jeden Zweifel ist dieser Hinweis auf den Artikel 48 der Reichsverfassung eine recht wenig stichhaltige Ausrede. Man mag die Sache betrachten, von welcher Seite aus man will, das Vorgehen Bayerns ist die erste ernste Explosion des bayrisch-preußischen Gegensatzes seit der Reichsgründung. Tatsächlich tritt Bayern durch die getroffenen Maßnahmen in Gegensatz zu einem Reichsgesetz, und seine Haltung ist mit dem Gedanken der Reichseinheit nicht mehr völlig in Einklang zu bringen. Diese klare Ansicht vertritt nicht nur die Mehrheit der politischen Presse Deutschlands außerhalb Bayerns, auch von namhaften Staatsrechtslehrern wird bereits heute dieser Ansicht rücksichtslos Raum gegeben.

Es ist nun ohne weiteres klar, daß man der Reichsregierung nicht zumuten darf, auf die Machtbefugnisse des Reiches gegenüber einem einzelnen Lande zu verzichten. Die Bahn, die mit seinem jetzigen Vorgehen Bayern beschritten hat, ist von noch gar nicht übersehbaren Folgen begleitet. Aber das eine steht für das Reich ohne weiteres fest, es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß ein Bundesstaat nicht ohne weiteres die Tore für die Ausführungsgewalt des Reiches verschließen darf. Ein derartiger Zustand wäre keine Reichseinheit mehr, sondern Anarchie. Andererseits wird man aber auch vom Reiche unbedingt verlangen müssen, daß es dem Ernst der Lage angemessen seinen Machtbegriff bei Beilegung dieser schweren Krise nicht überspannt, sondern daß nun in Berlin eine Verständigungsbereitschaft Platz greift, von der wir allerdings auch hoffen, daß sie nun München zu zeigen sich nicht scheuen wird. Ganz abgesehen von dem staatsrechtlichen Vorstoß, ist aber München auch insofern im Unrecht, als dem Schutzgesetz im Reichstag eine Gestalt gegeben worden ist, die eine mißbräuchliche Auslegung des Gesetzes zum mindesten außerordentlich schwer macht, und die deshalb auch für die widerstrebenden Länder annehmbar war.

Andererseits soll und darf aber auch nicht verkannt werden, daß die Haltung der Reichsregierung in den kritischen Tagen nach der Ermordung Rathenaus, in den kritischen Tagen zur Schaffung dieses Gesetzes zum Schutze der Republik nicht ganz frei ist von einer Mitschuld an dieser verfahrenen innerpolitischen Lage, in der wir uns zur Stunde befinden. Der zwischen Bayern und dem Reiche liegende Zündstoff wurde in den letzten Parlamentsverhandlungen treffend durch den Redner der Bayerischen Volkspartei mit den Worten gekennzeichnet: „In Berlin heißt es jede Woche, die Münchener schlagen los und ziehen gen Berlin, und in München, die Berliner Gewerkschaften haben mobil gemacht und ziehen gegen München." Es liegt eine große Wahrheit in dieser drastischen Kennzeichnung einer recht üblen Reichsverdrossenheit. Leider haben bei den an und für sich schon recht schwierigen Verhandlungen zum „Schutze der Republik" die leitenden Reichskreise es nicht verstanden, dieser üblen bayerischen Reichsverdrossenheit goldene Brücken zu bauen.

Die angestrengtesten Bemühungen des volksparteilichen Führers Dr. Stresemann, den sich in aller Schärfe zeigenden recht bedenklichen bayerischen Gegensatz auszugleichen, sind unter dem proletarischen Kampfgeschrei der vereinigten So-

zialdemokratien fast nutzlos verpufft. Und die leitenden Reichsstellen hatten in diesen Tagen anscheinend andere Sorgen, als den notwendigen Schneid aufzubringen, um das drohende Unwetter im Keime zu besänftigen. Hinzukommt für die Beurteilung dieser Dinge, daß München in den Tagen seiner Rätediktatur eine recht üble Kostprobe reiner sozialistischer Regierungskunst verabreicht wurde und daß das alte Sprichwort immer noch seine Wahrheit behält, daß der Gebrannte zu allererst das Feuer scheut. Wir wollen auch nicht vergessen, daß dem Schutzgesetz auch in seiner heutigen Form an und für sich in den weitesten Kreisen wohlberechtigte Bedenken entgegengebracht werden, und daß in den Tagen dieser parlamentarischen Kämpfe, leider bis in die heutigen Tage hinein, die sozialistische Presse aller Schattierungen sich einer Sprache gegen Bayern befleißigte, die wahrlich nicht dazu angetan war, bestehende Gegensätze auszugleichen.

Aus all diesen Gründen dürfen wir wohl erwarten, daß die Reichsregierung bei aller Wahrung ihrer unumgänglich notwendigen Machtbefugnisse wenigstens jetzt in zwölfter Stunde keinen Versuch unterlassen wird, die bayerische Reichsverdrossenheit zu beseitigen. Ueber die innen- wie außenpolitischen Schäden einer Vertiefung dieser bayerischen Reichsverdrossenheit ist es wahrlich nicht notwendig, weitere Worte zu verlieren. Die in später Abendstunde aus Berlin kommenden Nachrichten atmen erfreulicher Weise schon den Geist gegenseitigen Verständniswillens. Es wäre sehr zu wünschen, daß hier die Reichsregierung das diplomatische Geschick entfalten würde, das diese überaus betrübliche Angelegenheit dringend erfordert.

K—r.

## Offene Aufforderung zum Mord.

Das kommunistische „Ruhr-Echo" befaßt sich in Nummer 167 mit der von General Ludendorff vertretenen Auffassung, daß der Mord an Rathenau auf bolschewistischen Antrieb zurückzuführen sei, die der „Vorwärts" als eine Entlastungsoffensive der Deutschnationalen bezeichnet habe. Am Schluß der Notiz heißt es wörtlich: „Die Dunkelheit in Ludendorffs Kopf zu vertreiben, gibt es nur ein Mittel: Laternenlicht."

Was damit gesagt sein soll, wird jedem Leser ohne weiteres klar sein. Die Aufforderung zum Mord kann unverblümter wahrlich nicht ausgesprochen werden. Wie leicht die Anhänger der kommunistischen und bolschewistischen Ideen dazu zu bringen sind, derartige Aufforderungen zu befolgen, haben die entsetzlichen Metzeleien bei der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Rotgardisten, die Morde an dem Bergwerksdirektor Sebold im Hamborner Revier, an Bergrat Vogelsang in Eisleben, zahlreiche Mordtaten an Polizeibeamten im mitteldeutschen Revier usw. gezeigt. In Darmstadt war die durch die Rede eines Sozialistenführers aufgehetzte Menge gerade im Begriff, den Abg. Dingeldey in der jetzt vom „Ruhr-Echo" empfohlenen Weise zu ermorden, als es nur noch im letzten Augenblick dank dem Eingreifen eines Parteifreundes gelang, D. durch Polizeibeamte durch den sicheren Tod zu retten.

Wo bleibt angesichts der Verordnungen des Reichspräsidenten, angesichts des Gesetzes zum Schutze der Republik gegen diesen offenkundigen Aufforderungen zum Mord der Staatsanwalt?

## Ungarische Putschpläne.

Aus Budapest wird der „Allgemeinen Zeitung" gemeldet, daß das Heer des früheren ungarischen Universitätsprofessors Mascaros für den geplanten Putsch in Westungarn den Beweis einer großen Verbindung mit den österreichischen Monarchisten erbrachte, die für den Fall eines Zusammenbruches in Deutsch-Oesterreich Hand in Hand mit den ungarischen Legitimisten handeln wollten. Die österreichischen Gesinnungsgenossen vermochten jedoch keine Gelder aufzutreiben, sodaß die Verhandlungen ins Stocken gerieten.

## Deutsche Eisenbahnwaggons für Jugoslawien.

Aus Belgrad meldet man: Schon vor einem Monat haben einige vereinigte deutsche Industrie-Firmen dem südslawischen Verkehrsministerium die Lieferung von 2600 schmalspurigen Eisenbahnwaggons angeboten. Das Verkehrsministerium hat jetzt das Angebot angenommen aber mit der Bedingung, daß die ganze Lieferung längstens bis Anfang April künftigen Jahres erfolgt. Die Uebergabe der fertigen Waggons erfolgt in dreimonatlichen Partien schon vom August dieses Jahres ab.

## Die amerikanische Anleihe für Jugoslawien

Aus Belgrad meldet man: Die amerikanische 100 Millionen-Anleihe, die in der letzten Zeit in der Oeffentlichkeit auf das heftigste angegriffen worden war, verursachte lebhafte Debatten, die zeitweise in Tumulten ausarteten, in der Skuptschina. Die Anleihe wurde mit den Stimmen der Regierungspartei, die trotz Abspringens einiger Abgeordneten eine große Mehrheit darstellt, angenommen. Der Finanzminister betonte noch einmal, daß die Anleihe in erster Linie dem Ausbau des Verkehrswesens dienen soll. Allgemein jedoch würden die Bedingungen für schwer gehalten.

## „Frankreich bin ich".

Von unserem Pariser Mitarbeiter.

In der eigenartigen Denkschrift, welche Poincare am 19. Juli an Dubois, das französische Mitglied der Reparationskommission gerichtet hat, finde sich unter anderen Wunderlichkeiten der famose Satz, es sei „Frankreich" unmöglich, sich eine klare Vorstellung von der deutschen Ausfuhr zu machen.

Das schrieb der Ministerpräsident, ehe das Garantiekomitee ihren Bericht über die Ergebnisse ihres vierwöchigen Studiums an Ort und Stelle abgefaßt hat! Da nicht anzunehmen ist, daß die Herren, welche in gutem Einvernehmen mit der deutschen Regierung von Berlin, geschieden waren, gleich nach ihrer Ankunft in Paris dem Ministerpräsidenten das Gegenteil ihrer Berliner Erklärungen gesagt hätten, so bleibt an Poincare die ungemeine Leichtfertigkeit hängen, eine durchaus unwahre, jeder Unterlage, jeder Erkundigung nach den Tatsachen ermangelnde Behauptung nicht bloß

# Die Kohlenkrise.

Von unserem bergmännischen Mitarbeiter.

Der Wiederherstellungs-Ausschuß hat die Bestimmungen über die Kohlenlieferungen nicht gelockert, sondern verschärft. Es ist nunmehr von der deutschen Regierung zu fordern, daß sie sich sehr ernsthaft mit der kohlenwirtschaftlichen Lage Deutschlands beschäftigt. Dies umso mehr, als die Kommunisten auf Moskauer Befehl hin versuchen, zunächst Deutschands Kohlenwirtschaft und damit auch die deutsche Wirtschaft zu zertrümmern. Es kann deshalb auch keine Rede davon sein, daß die

**Streikgefahr im Ruhrgebiet**

gebannt ist. Sie ist es so lange nicht, als die linksradikale Wühlerei in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet sich ungehemmt weiter entfalten darf. Die neuen Lohnverhandlungen werden zu diesem Zweck gerade so ausgenutzt, wie die Verhandlungen über die erweiterten Rechte der Betriebsräte. Offenbar geht die Taktik der Linksradikalen dahin, zunächst die Löhne immer höher zu treiben. Da der Bergbau in der Preispolitik gebunden ist, muß er immer größere finanzielle Opfer bringen, um den Betrieb überhaupt aufrecht erhalten zu können.

Das geht, so lange der Geldmarkt Kredit gewährt, der aber heute schon immer schwerer und in vielen Fällen gar nicht mehr zu bekommen ist. Die Regierung glaubt

**die amtliche Preispolitik**

beibehalten zu müssen. Sie setzt also durch ihre Organe die Kohlenpreise fest mit dem Erfolg, daß der Bergbau neue Schächte nicht mehr abzuteufen vermag. Die Kohlenpreise werden mit Rücksicht auf die Verbraucher niedrig gehalten, obschon es gerade beim Bergbau die Lebensfrage schlechthin ist, daß er aus dem Ertrag werbende Neuanlagen errichtet oder errichten kann. Wenn

**die Kohlenpreise**

als hoch empfunden werden, so ist dabei zu beachten, daß Steuern und Frachtkosten sowie andere Zwischenspesen nahezu zwei Drittel des Preises beanspruchen, den der Verbraucher zahlt. Eine Umrechnung auf Goldmark würde ergeben, daß der Bergbau für jede Tonne Kohle zwei bis vier Goldmark weniger erhält als in der Vorkriegszeit. Wie sehr der Kohlenbergbau steuerlich überlastet ist, geht daraus hervor, daß er außer Kohlensteuer und Umsatzsteuer noch die volle Körperschaftssteuer zu tragen hat, die ihn deshalb doppelt hart trifft, weil er wegen der amtlichen Preisbildung die Körperschaftssteuer nicht abwälzen kann. Nun sind Steuerabzüge für Aufwendungen zu werbenden Neuanlagen ebenfalls unzulässig, sodaß der Bergbau, wenn er neue Schächte abteufen will, die erforderlichen Kapitalien auf dem Geldmarkt auftreiben muß, wo die Summen in dieser Höhe überhaupt nicht zur Verfügung stehen.

Wie außerordentlich ernst die kohlenwirtschaftliche Lage ist, geht daraus hervor, daß auch

**im Juli die Tagesleistung gesunken**

ist. Der Wiederherstellungs-Ausschuß hat die Pflichtmengen um 2 Millionen Tonnen monatlich auf 1,75 Millionen Tonnen gekürzt, angeblich mit Rücksicht auf den Ausfall der oberschlesischen Kohle. Allein wir verlieren mit Oberschlesien rund 3,5 Millionen Tonnen monatlich, da Polen nicht liefern kann und trotz aller Verträge auch nicht liefern wird. Dafür hat der Wiederherstellungs-Ausschuß die Koksmengen erhöht, was uns besonders empfindlich trifft. Die französische Schwerindustrie braucht den deutschen Koks, um die lothringischen Hüttenwerke zu speisen. Dabei wäre Frankreich durchaus in der Lage, seinen Koksbedarf selbst zu decken, zumal ihm die Saargruben zur Verfügung stehen.

**Der Rückgang der Förderung im Ruhrgebiet,**

der Verlust Oberschlesiens bedingt für Deutschland einen Kohlenausfall von monatlich 4 Millionen Tonnen. Ein Teil wird durch die Einfuhr englischer Kohlen gedeckt, was uns monatlich drei bis vier Milliarden Papiermark kostet. Nun aber verlangt der Wiederherstellungs-Ausschuß eine Mehrlieferung, sobald die Förderung im Monat 8,3 Millionen Tonnen übersteigt. Selbst wenn diese Steigerung erzielt wird, bleibt für Deutschland die schärfste Kohlennot bestehen. Sie wird sich schon im Herbst allgemein fühlbar machen, da sie entweder die Industrie abdrosseln oder aber den Hausbrand zum größten Teil unversorgt lassen muß.

**Englische Kohlen**

können wir angesichts des Dollarkurses von über 500 Mark nur noch in geringen Mengen beziehen. Eine Tonne englischer Kohle würde in Hamburg über 3000 Mark kosten, zuzüglich Fracht- und Zwischenspesen, also im Inland nicht unter 4- bis 5000 Mark zu haben sein. Will die Regierung es auf die Verschärfung der Kohlenkrise ankommen lassen? Wenn nicht, so muß sie mit allen Mitteln versuchen, der linksradikalen Verhetzung im Ruhrgebiet ein Ende zu machen, ebenso sich für die Wiedereinführung der Ueberschichten einzusetzen. Gelingt das nicht, so werden die Lohnkämpfe nicht abreißen, so wird aber auch die Förderung noch mehr sinken. Welch ein Durcheinander in der Kohlenpreispolitik herrscht, zeigt die Tatsache, daß wir zwar für englische Kohlen heute schon 3000 Mark bezahlen, den Preis für die Tonne Ruhrkohle ab Zeche aber noch immer auf 1100 Mark künstlich gesenkt halten. Diese 1100 Mark reichen nicht einmal zur Deckung der Förderungskosten. Was der Bergbau als „Gewinn" ausschüttet, ist in der Hauptsache neues Betriebskapital.

---

unter eigenem Namen, sondern unter dem „Frankreichs" in die Welt gesetzt zu haben.

Man ist dem Worte „Frankreich" schon öfters in den Aeußerungen Poincares begegnet, wo der Zusammenhang zeigte, daß er sich selbst meinte. Offenbar die neue Auflage des „l'Etat c'est moi!" Ludwigs XIV. Aber arg, daß der neue „Sonnenkönig" mit dem Namen seiner Nation seine eigene Unfähigkeit zu decken wagen darf. Denn in Frankreich wird es wohl noch Leute geben, die das schrecklich schwierige Problem von der statistischen Feststellung der deutschen Ausfuhr an der Hand der keineswegs geheimgehaltenen Ausweise leichter zu lösen verstehen, als der gegenwärtige ziemlich oberflächliche Regierungschef Frankreichs. Clemenceau hatte doch wohl Recht, als er s. Zt. die Wahl Poincares zum Präsidenten als eine Gefahr für die Republik bezeichnete.

## Die „Annullierung" von Frankreichs englischen Schulden.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, es sei jetzt festgestellt worden, daß die in der amerikanischen Presse veröffentlichten Nachrichten, wonach Großbritannien beschlossen haben sollte, Frankreichs Schulden an England zu annullieren und auf den britischen Anteil an den Reparationszahlungen zu verzichten, nicht von London sondern von Paris ausgegangen seien.

Unternehmende französische Anhänger dieses Planes hätten es so eingerichtet, daß diese Nachricht mit dem Besuch des Herrn Parmentier in den Vereinigten Staaten, der über die französischen Schulden an Amerika verhandelt, zusammenfiel. Weiter sagt der Korrespondent, Poincare werde am 1. August Lloyd George zur Verfügung stehen, aber die britischen Minister würden an diesem Tage möglicherweise anderweitig beschäftigt sein, und die Frage der italienischen und belgischen Teilnahme an einigen Verhandlungen werde möglicherweise auch Ueberlegung erfordern. Im Falle Italien werde sich vielleicht wegen der Ministerkrise die Notwendigkeit eines kleinen Aufschubs ergeben.

## Soziales Leben.

**Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands** bittet uns unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung:

1. In dem Artikel: „Arbeiterfragen des Ruhrbezirks" in Nr. 170 vom 24. Juli wird behauptet, daß es dem christlichen Gewerkverein vor kurzem gelungen sei, eine Lohnerhöhung von 65 Mark durchzudrücken. Richtig ist, daß die letzte Lohnerhöhung in ihrem wesentlichsten Teile den Bergarbeitern durch Schiedsspruch vom 17. Juni zuerkannt und die darüber hinausgehende Erhöhung von den in Frage kommenden Bergarbeiterorganisationen gemeinsam vertreten wurde.

2. Unrichtig ist, daß der „Hauptdurchschnittslohn" — gemeint ist sicherlich Hauerdurchschnittslohn — im Ruhrbergbau zurzeit 275 Mark beträgt. Richtig ist, daß der Hauerdurchschnittslohn im Juni 201,19 Mk., im Juli 257,69 Mk. betrug.

3. Unrichtig ist, daß die sozialen Zulagen auf rund 20 Mark je Schicht veranlagt werden können; richtig ist, daß nur 60 Prozent der Belegschaft Empfänger des Hausstandsgeldes sind und hinsichtlich des Bezuges von Kindergeld 1 zwei Zehntel Kind pro Kopf der Belegschaft entfallen —, das bedeutet, daß bei dem gegenwärtigen Hausstandsgeld von 5 Mk. und Kindergeld von 6,50 Mark ein Soziallohn von 10,80 Mk. pro Mann und Schicht gezahlt wird.

4. Unrichtig ist, daß sich die Bezüge der Bergarbeiter durch die Deputatkohle, 5—6 To. jährlich, um 10 000 bis 11 000 Mark erhöhen, richtig ist, daß nur 60 Prozent der Belegschaft Deputatkohle beziehen, und zwar durchschnittlich 3,75 To. Bei Zugrundelegung des gegenwärtigen Kohlenpreises, abzüglich des vom Bergarbeiter an die Werke zu zahlenden Preises, ergibt sich eine Summe von 4455 Mark.

5. Unrichtig ist, daß über die Hälfte der Bergarbeiter in Zechenwohnungen bezw. in Ledigenheimen wohnt, richtig ist, daß lediglich 35 Prozent der Bergarbeiter in Betracht kommen.

## Aus dem Geschäftsbericht der Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten für 1921.

ki. Nachdem die Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk G. m. b. H., Essen, bereits im Januar ds. Js. über die weitere Bauentwicklung im Jahre 1921 Bericht erstattet hatte, gibt sie nunmehr ihren Geschäftsbericht heraus, der eine Zusammenfassung und Ergänzung bietet unter teilweiser Ausdehnung auf die vorausliegende und auf die nachfolgende Zeit bis Anfang Juni 1922. Der von dem Geschäftsführer Prof. Knipping verfaßte Bericht enthält eine Fülle interessanter Einzelheiten, von denen wir das Nachstehende wiedergeben:

An tatsächlichen Einnahmen im Jahre 1922 brachten der Kohlenpreisaufschlag (6 Mk. je Tonne seitens des Kohlensyndikats) rund 522 604 Mill. Mark, die Vorschüsse des Reiches 70 Mill. Mk., zusammen also rund 592 604 Mill. Mk. Die tatsächlichen Ausgaben betrugen rund 759 257 Mill. Mark. Das Ueberwiegen der Ausgaben über die Einnahmen erklärt sich aus Kosten aus der Bautätigkeit 1920, die zu Lasten der Mittel aus 1920 gehen. Die Dispositionen und die Verteilung der Mittel richteten sich jedoch nach dem mutmaßlichen Aufkommen des Kohlenpreiszuschlages und den in Aussicht gestellten Reichszuschüssen. Ersteres wurde für 1921 zu rund 400 Mill. Mk. angenommen, an letzteren wurden im April 1921 475,2 und Ende Juli 1921 nochmals 355,7 Mill. Mk. zur Verfügung gestellt. Letzterer Betrag wurde für 1922 zurückgestellt. Den 16 Bergmannssiedelungen konnten folgende Beträge zur Verfügung gestellt werden: Hamm 660,2 Mill. Mk., Lünen 46,5, Hörde 41,0, Dortmund 34,9, Herne 84,6, Bochum 71,6, Hattingen 25,0, Gelsenkirchen 58,0, Recklinghausen 83,2, Bottrop-Buer-Gladbeck 81,3, Essen-Nord 67,3, Essen-Süd 33,8, Mülheim-Borbeck 44,0, Hamborn 50,9, Oberhausen 42,5, linker Niederrhein 49,7, insgesamt 877,5 Mill. Mk. Einschließlich 1920 standen bisher 964,4 Mill. Mk. Reichsvorschüsse zur Verfügung; davon wurden im Jahre 1921 70 Mill. Mark und bis Juni 1922 weitere 400 Mill. Mk. abgerufen, und bis zum Herbst ds. Js. dürfte der Rest verbraucht sein.

Von den im Jahre 1921 in Bau genommenen 8339 Wohnungen konnte bis Jahresschluß wegen der mannigfachen Schwierigkeiten nur ein geringer Teil fertiggestellt und bezogen werden. Im Juni 1922 waren seit Beginn der Tätigkeit der Treuhandstelle 17 293 Wohnungen in Angriff genommen, davon 8340 fertiggestellt und bezogen. Hieran sind die örtlichen Gesellschaften mit nahezu 12 000 in Bau genommenen und nahezu 3000 fertigen Wohnungen beteiligt. Für 1922 soll eine bessere Bauaufsicht in die Wege geleitet werden.

Der Bericht versucht die Verteuerung der Gesamtbaukosten zu berechnen (mit dem nötigen Vorbehalt) und kommt zu dem Schluß, daß dieselbe von Juli/August 1921 bis Mai 1922 das 4—5fache betrage. Der Bericht fährt fort: „Eine derartige rasche und starke Steigerung der Baukosten muß auf die Bautätigkeit geradezu vernichtend wirken, wozu sich die Anzeichen in dem starken Abbau derselben und in der Zurückstellung fast sämtlicher Bauvorhaben bereits bemerkbar machen. Auch für den Bergmannswohnungsbau muß diese Wirkung eintreten, da die Verdoppelung des Kohlenpreisaufschlages seit dem 1. März ds. Js. noch nicht die Verteuerung bis zu diesem Zeitpunkte ausglich, zu schweigen von den seit Anfang März eingetretenen Steigerungen der Kosten. Berücksichtigt man weiter, daß zur Fertigstellung der im Jahre 1922 in Angriff genommenen Bauten sicherlich noch erhebliche Bruchteile der Geldmittel des Jahres 1923 herangezogen werden müssen, so läßt sich heute bereits sagen, daß das Bauprogramm für 1923 nur sehr gering sein kann, sofern nicht in irgend einer Weise neue Mittel für den Bau von Bergmannswohnungen flüssig gemacht werden können. Es wird daher die unabweisbare Pflicht betont, in den Anforderungen an die Wohnungen und Bauten hinsichtlich Größe und Architektur Maß zu halten.

Die Mieten, die durch den Verwaltungsrat der Treuhandstelle festgesetzt werden, betrugen zunächst je Quadratmeter Wohnfläche und Monat: für Mehrfamilienhäuser in Orten bis zu 10 000 Einwohner 0,50 Mk., von 10—100 000 Einwohner 0,55 Mk. und über 100 000 Einwohner 0,60 Mk., für Reihenhäuser je 5 Pfg. und für freistehende und Gruppenendhäuser je 8 Pfg. mehr. Diese Sätze wurden ab 1. Januar 1922 um je 0,25 Mk. erhöht. Ab 1. Juli 1922 betragen sie: für Mehrfamilienhäuser in Orten bis zu 10 000 Einwohner 1,50 Mk., von 10—100 000 Einwohner 1,60 Mk. und über 100 000 Einwohner 1,70 Mk. für Reihenhäuser je 10 Pfg. und für freistehende und Gruppenendhäuser je 20 Pfg. mehr. Der Verrentungsfaktor, d. h. der Prozentsatz des sog. rentierlichen Bauwertes, dem die Jahresmiete entspricht, wurde anfangs auf 8 Prozent festgesetzt, ab 1. Januar 1922 auf 10 Prozent und ab 1. Juli 1922 auf 12½ Prozent erhöht. Letzterer Satz ist noch nicht endgültig. Die Arbeitnehmerseite im Verwaltungsrat hatte nach wie vor 10 Prozent verlangt, weil sich beim späteren Rückfall der Eigenheime an die Gesellschaft ergeben würde, daß die Instandhaltung der Häuser vielfach vernachlässigt sei, und die Wiederinstandsetzung zu Lasten der Gesellschaft gehe. Infolge Einspruchs des Verbandspräsidenten steht die Entscheidung in letzter Linie den Reichsaufsichtsbehörden zu.

Der Geschäftsbericht schließt mit einem Ausblick. Darin wird zunächst auf die trostlose Lage unserer Brennstoffversorgung hingewiesen und dann betont, daß die bestehenden Möglichkeiten der Mehrförderung an Kohlen, insbesondere im Ruhrkohlenbezirk, durch Heranziehung und dauernde Sicherung der notwendigen Arbeitskräfte mittels des Wohnungsbaues erschöpft werden müßten. Dann heißt es weiter: „Wenn bereits Ende 1919 ein Kohlenpreisaufschlag von 6 Mark je Tonne Steinkohle als notwendig erachtet wurde und wenn damals schon maßgebende Kreise unserer Wirtschaft einen Satz von 20 Mark anregten, als die Verteuerung der Baukosten das 7,12fache (Januar 1920) des Friedenspreises betrug, so vermag die inzwischen eingetretene Verdoppelung dieses Preisaufschlages die eintretende Versumpfung der Wohnungsaktion nicht wesentlich zu beeinflussen, nachdem die Verteuerung der Baukosten gegenüber Januar 1920 im Mai 1922 auf ziemlich genau das 10fache gestiegen ist, nämlich von dem 7,12fachen (gegenüber der Friedenszeit) auf das 71,13fache." Zum Schluß wird auf die große Bedeutung des Baumarktes und der Bautätigkeit für die volkswirtschaftliche Konjunktur hingewiesen und eine Erhöhung des Kohlenpreisaufschlages gefordert, die bei den heutigen Kohlenpreisen nicht einmal stark ins Gewicht falle, sondern von der deutschen Wirtschaft gern und ohne schädliche Folgen getragen werden könne.

## Kleine Nachrichten.

TU **Frankfurt**, 25. Juli. Aus Ludwigshafen wird gemeldet: In dem Maschinengebäude des Werkes Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik, wurde durch eine infolge eines Wasserrohrbruches erfolgte Explosion den Boden eingedrückt. Sieben Mann wurden verletzt, darunter einer schwer.

**Berlin**, 25. Juli. Gestern abend gegen zehn Uhr wurde in der Wohnung des Majors a. D. v. Borcke in Schöneberg Oberleutnant a. D. Freiherr Stillfried aus Friedenau erschossen aufgefunden.

**Stuttgart**, 25. Juli. Der frühere Finanzminister Liesching ist heute früh im Böblinger Sanatorium gestorben.

**Linz**, 25. Juli. Die bürgerlichen Blätter erscheinen wieder, da die von den Buchdruckern verlangten Zulagen bewilligt wurden.

TU **Lemberg**, 25. Juli. Aus Borislaw wird gemeldet, daß dort eine neue Petroleumquelle erbohrt wurde, die täglich 30 Zisternen produziert und 130 Kubikmeter Gas täglich herstellt. Dies bedeutet eine Erhöhung der Borislawer Petroleumproduktion um 20 Prozent.

D **London**, 25. Juli. In einem Rundschreiben aus Shekkar Dzong vom 8. Juli, welches in der „Times" veröffentlicht wurde, schildert General Bruce, der Führer der Mount Everest-Expedition, die Forschungsreise und gibt die Erfahrungen, die er aus dem Scheitern der Expedition gesammelt hat. Er schreibt: „Es ist klar, daß man bei schönem Wetter und gutgewählten Leuten größere Höhen ohne Anwendung des Sauerstoffapparates erreichen kann, als es in diesem Jahre möglich war. Wir haben erfahren, daß nachts 25 000 und 25 500 Fuß ohne Sauerstoffapparat erklommen werden können. Wir haben weiter gesehen, daß sogar bei größeren Höhen die Forscher, die plötzlich ihre Sauerstoffapparate entweder durch irgendeinen Zufall oder durch eine Erschöpfung der Zylinder nicht mehr verwendet konnten deswegen keinerlei Schaden nehmen."

## Aus der Nachbarschaft.

nbl. **Wattenscheid**, 24. Juli. Zu einem Konflikt ist es zwischen dem Provinzialschulkollegium und der linken Mehrheit des hiesigen Stadtverordnetenkollegiums gekommen. Mit der linken Mehrheit ist unlängst

in der Stadtverordnetensitzung eine neue Verwaltungsordnung für die höheren Lehranstalten angenommen worden, nach der künftig die Geistlichen nicht mehr als sogenannte „gekorene" Mitglieder des Kuratoriums der höheren Lehranstalten angesehen werden sollten. (Dem Kuratorium gehört hier schon seit jeher je ein katholischer und evangelischer Geistlicher satzungsgemäß als Mitglied an.) Diese neue Verwaltungsordnung ist vom Provinzialschulkollegium bezüglich der Mitgliedschaft der Geistlichkeit nicht genehmigt worden. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß nach einem 1918 erschienenen Ministerialerlaß die Geistlichen weiter als Mitglieder zu betrachten seien, da nach dem Erlaß die bei der Gründung der Anstalt stiftungsgemäß festgelegte Mitgliedschaft bestimmter Personen weiter zu belassen seien. — Auch wegen der Wahl des Assessors Himmelreich als evangelischer Religionslehrer ist es zu einer Meinungsverschiedenheit mit dem Provinzialschulkollegium gekommen. Dieses hat die betr. Wahl nicht bestätigt mit der Begründung, daß die Stadt es verabsäumt habe, vorher die Assessoren-Liste der Provinz Westfalen einzufordern und danach die Wahl zu treffen. Daraufhin hat aber die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung letzthin beschlossen, eventl. auf die Zahlung des Staatszuschusses für die hiesigen höheren Lehranstalten (diese betrugen jährlich etwa 250 000 Mk.) zu verzichten, um somit das Selbstbestimmungsrecht der Stadt zu sichern.

* **Eickel**, 24. Juli. Gemeinderatssitzung. Die Mitglieder der Amtsversammlung bezw. Gemeindevertretung werden zu einer Sitzung eingeladen, die am Donnerstag, den 27. Juli, nachmittags 4 Uhr, im neuen Sitzungssaale hier stattfindet. Tagesordnung: 1. Abnahme der Jahresrechnung der Sparkasse und des Reservefonds für 1921. 2. Abnahme der Jahresrechnung der Realgymnasialkasse für 1920. 3. Bewilligung von Zuschüssen zur Durchführung von Badekuren für erholungsbedürftige Kinder. 4. Anlage einer Lichtleitung in der Hermann- und Horstschule. 5. Erhöhung der Wohnungsbauabgabe. 6. Bewilligung von Gemeindedarlehen. 7. Grundstücks-Austausch. 8. Ausdehnung der Müllabfuhr. 9. Beamtenangelegenheiten. 10. Wahl des Vorsitzenden und Stellvertreters für das Gewerbegericht und Erhöhung der Entschädigung für die Beisitzer. 11. Erhöhung der Entschädigung für den stellvertr. Vorsitzenden und für die Beisitzer des Meteinigungsamtes. 12. Verschiedenes. Geheime Sitzung.

## Aus den Provinzen.

* **Hagen**, 25. Juli. Millionendiebstahl. Einer Amerikanerin, die sich auf der Durchreise befand, und einen Zug nach Kassel benutzen wollte, wurde die Handtasche mit einem Kreditbrief über 5000 Dollar und einem Scheck über 1500 Dollar entwendet. Der Kreditbrief ist an allen Großbanken einlösbar. — Die Lungenseuche des Rindviehs ist in den Regierungsbezirk Arnsberg eingeschleppt worden, ohne daß es bisher gelungen ist, den Einschleppungsweg ausfindig zu machen. Der Bestand eines Gutes im Werte von 550 000 Mark ist bereits abgeschlachtet worden; der zweite Bestand im Werte von 900 000 Mark folgt in Kürze.

* **Hamm**, 25. Juli. Neues Finanzamtsgebäude. In der geheimen Stadtverordnetensitzung wurde der Vertrag mit dem Finanzamt in Münster über den Bau eines Finanzamtsgebäudes an der Uferallee genehmigt. Der Bau soll bis zum 1. Oktober nächsten Jahres fertiggestellt sein. Die Baukosten werden auf zwölf Millionen Mark geschätzt.

* **Paderborn**, 25. Juli. Den Mann vergiftet. Die 22 Jahre alte Frau des Landwirts Falke in Ostenland hat ihren 32jährigen Mann, mit dem sie erst seit fünf Wochen verheiratet war, durch Giftmord aus dem Leben geschafft. Die junge Ehe war durch den schlechten Lebenswandel der Frau von Anfang an zerrüttet.

* **Köln**, 25. Juli. Enthülltes Geheimnis. Wozu Sensationslust und Gespensterfurcht am hellen Tage führen, zeigt folgender Fall. Auf dem Hauptbahnhof wurde eine Frau auf Veranlassung der argwöhnischen und ein großes Geheimnis witternden Mitreisenden von der Polizei zur Wache gebracht, weil ihr Koffer einen merkwürdigen Leichengeruch verbreitet hatte, der einen Mord vermuten ließ. Man öffnete den Koffer und förderte ein — paar recht fette Limburger Käse zutage.

TBO. **Bonn**, 25. Juli. Verhafteter Mörder. Von der hiesigen Polizei wurde ein aus Saarbrücken stammender 21jähriger Musikstudent verhaftet, der die 16 Jahre alte Tochter eines hiesigen Bankiers mit einem Dolch erstochen hatte. Das auf so traurige Weise ums Leben gekommene Mädchen war das einzige Kind der Familie. Der Täter ist ein Verwandter des Hauses.

## Aus der Parteiarbeit.

**Vertreterversammlung des Kreisvereins Bochum Stadt und Land.**

Bochum, 25. Juli.

Am Montag, den 24. Juli, trat die Vertreterversammlung der liberalen Vereine von Bochum Stadt und Land, des jetzigen Kreisvereins Bochum Stadt und Land, bei Velten, Alleestraße, zusammen. In der gutbesuchten Versammlung, die der Vorsitzende Rektor Surmann leitete, brachte zunächst Herr Dr. Spethmann einen Tätigkeitsbericht, der ein Ausschnitt war aus einem größeren Tätigkeitsbericht, den er kürzlich an anderer Stelle gab. Einzelne kleinere Abschnitte aus dem Bericht, soweit er veröffentlicht werden kann, finden die Leser in den laufenden Nummern des „Wiederaufbau". Alsdann genehmigte die Versammlung die neuen Satzungen und schritt zur Wahl von vier Vertretern, die neben dem Vorsitzenden, Herrn Rektor Surmann, in den Hauptvorstand der Kreisgruppen zu entsenden waren. Es wurden gewählt: Geheimrat Wehrmann, der bisherige Gesamtvorsitzende, Bürovorsteher Nickel, Mitglied unserer Fraktion und als Vertreter der Angestelltenkreise, Bergmann Röse-Hamme als Vertreter der Arbeiterschaft und der Außengemeinden, Fräulein Löbker, die Vorsitzende der Frauengruppe, als Vertreterin der volksparteilichen Frauen. Nach Erledigung dieses geschäftlichen Teiles der Tagesordnung erstattete alsdann Rektor Surmann einen längeren Bericht über Vorträge und Ausführungen, die unsere Abgeordneten Vögler, Moldenhauer, Cremer, Quaatz, Grundmann vor einigen Tagen in Dortmund entwickelten. Der Inhalt erstreckte sich auf die gegenwärtige politische Lage, unsere Stellung zu den Deutschnationalen und auf Zukunftsaufgaben. Sowohl an den Tätigkeitsbericht wie an das Referat von Rektor Surmann schloß sich eine rege Aussprache an.

# Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

## Vertrauensvotum für die bayerische Regierung.

### Die Sitzung des Reichskabinetts.

w. **Berlin**, 25. Juli. Das Reichskabinett ist zurzeit versammelt. Es wird die bayerische Angelegenheit beraten. An der Rechtsgültigkeit wird, wie es heißt, Zweifel nicht gehegt. Die Verordnung kann nach Artikel 48 vom Reichspräsidenten oder vom Reichstag aufgehoben werden. Auch mit diesen Möglichkeiten beschäftigt sich das Kabinett.

TU. **Berlin**, 25. Juli. Prof. Dr. Radbruch und Minister des Innern Dr. Köster sind zurückberufen worden, um über die in Bayern schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Das Reichskabinett hat es für notwendig gehalten, Dr. Radbruch für die Erörterung des Reichsstandpunktes in dieser Frage zu Rate zu ziehen.

*

D. **Berlin**, 25. Juli. Die Lage des Konflikts mit Bayern wird in Berlin nach dem Bekanntwerden des Verlaufs der Sitzung des bayerischen Landtages nach wie vor als äußerst ernst betrachtet. Das Reichskabinett wird erst morgen nachmittag hierzu Stellung nehmen. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung mit einer genauen Präzisierung ihres Rechtsstandpunktes an die Oeffentlichkeit treten wird. Aus ihr wird hervorgehen, daß ein Anziehen des § 48 der Reichsverfassung seitens der bayerischen Regierung als nicht gerechtfertigt und als unhaltbar angesehen wird.

### Die Erklärung der bayerischen Regierung.

w. **München**, 25. Juli. Im bayerischen Landtag gab Ministerpräsident Graf Lerchenfeld heute nachmittag außerhalb der Tagesordnung eine Erklärung der bayerischen Staatsregierung über

**die Notverordnung zum Schutze der Republik**

ab. Lerchenfeld führte aus: Die unselige und unsinnige Freveltat an dem Außenminister Rathenau stieß das Reich und das deutsche Volk in eine schwere Krisis. Im ganzen Reich gab es keinen vernünftig und ehrlich Denkenden, der die Tat nicht aufs tiefste verurteilt und nicht auf Mittel und Wege gesonnen hätte, um zukünftig solche Verbrechen an Staat und Volk zu verhüten. Die bayerische Regierung war von Anfang an mit der Reichsregierung in der Verurteilung der Tat und in dem Bemühen, Abhilfe zu schaffen, einig. Sie war namentlich von Anfang an bereit, dem Reich alles zu geben, was zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Staatsform notwendig ist, worin sie auch nach den gegenwärtigen Verhältnissen das allein Mögliche sieht. Die bayerische Staatsregierung war sich jedoch jederzeit grundsätzlich darüber klar, daß

**mit bloßen Repressivmaßnahmen allein das Ziel nicht zu erreichen**

sei, daß eine wirkliche Abhilfe vielmehr dem Uebel an der Wurzel gehen mußte, die unzweifelhaft in den

**unbefriedigenden wirtschaftlichen, innen- wie außenpolitischen Verhältnissen**

des Reiches zu suchen ist. Dies mußte zur Erkenntnis führen, daß nur eine mittlere Politik versöhnend und heilend wirken konnte, eine mittlere Linie, die sachliche Erwägungen nicht parteipolitischen Rücksichten opferte. Leider wurde diese Linie in Berlin vom ersten Augenblick an nicht eingehalten. Ueber den Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform und die Abwehr verbrecherischer Taten hinaus

**hielten einzelne Parteien die Gelegenheit für gekommen, um ihre parteipolitischen Ziele zu verwirklichen.**

Dies führte dazu, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Bestimmungen ebenso viel zu weit nach links ausschlugen, als gewisse beklagenswerte politische Erscheinungen zu weit nach rechts ausschlugen. Die Maßnahmen erhielten einen den Grundsätzen

**wahrer Demokratie widersprechenden Ausnahmecharakter.**

Sie nahmen die Richtung auf die Klassenherrschaft, auf einen über alle verfassungmäßig gesicherten Hoheitsrechte der Länder rücksichtslos hinwegschreitenden Einheitsstaat. Die bayerische Regierung erschöpfte alle verfassungsmäßigen Mittel, um die von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzentwürfe dieses ihres Charakters zu entkleiden und sie zu brauchbaren Werkzeugen im Kampf um die verfassungsmäßige Staatsform des Reiches zu machen. Sie ging dabei im Interesse des Reiches in ihren Zugeständnissen bis an die äußerste Grenze dessen, was mit ihrer Ueberzeugung sich noch vereinbaren ließ. Sie verkennt nicht, daß im Laufe der Verhandlungen die täglichen Gesetze nicht unerhebliche Verbesserungen erfuhren. In wesentlichen Punkten konnten aber bedauerlicherweise die von der bayerischen Regierung vertretenen Anträge nicht zur Annahme gebracht werden. So ist namentlich in dem Gesetz zum Schutz der Republik

**der Staatsgerichtshof,**

mit der Besetzung von drei Berufsrichtern und sechs Laienrichtern, die sämtlich vom Reichspräsidenten ernannt werden, geblieben. Die bayerische Regierung sieht darin nach wie vor ein durch nichts begründetes Mißtrauen gegen unsere ordentlichen Gerichte, einen durch die Interesse des Reiches nicht gebotenen Eingriff in die Justizhoheit der Länder, denen bisher nur einige wenige Tatbestände auf dem Gebiet des Hochverrats entzogen waren, ja die Gefahr der Aufhebung der Unabhängigkeit der Richter und eine Politisierung der Rechtsprechung, die die Grundsätze jeder Staatsordnung ernstlich zu gefährden geeignet ist. Die bayerische Staatsregierung ist überzeugt, daß das Gesetz schon aus diesem Grunde sein Ziel verfehlen muß, daß es vielmehr Beunruhigung als Beruhigung schaffen wird.

**Das Reichsbeamtengesetz**

berührt die bayerischen Landesbeamten zwar nicht unmittelbar, in der Tatsache aber, daß im Reich gerade auf einem so wichtigen Gebiet verschiedene Beamtenrechte gelten, liegt ohne Zweifel eine Gefahr für die Landesbeamten. Eine Gefahr schlimmster Art bildet nach der Ueberzeugung der bayerischen Regierung dieses Reichsbeamtengesetz, weil es die Gesinnungsschnüffelei mit allen ihren schlimmen Folgen für unser Beamtentum züchten wird. Der Nutzen des Gesetzes wird deshalb in keinem Verhältnis zum Schaden stehen, der daraus dem Staat droht. Der Entwurf des

**Reichskriminalgesetzes**

wurde dem Reichsrat schon 1920 vorgelegt, er bildete einen Versuch zur Durchführung der Grundsätze, die der damalige Minister des Innern, Koch, in einer Denkschrift niederlegte, die praktisch auf die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit der Länder hinausgingen. Wegen der Bedenken, die damals die Regierungen der Länder geltend machten, blieb der Entwurf liegen. Die durch den Rathenaumord geschaffene politische Lage hielten die unitaristischen Kreise in der Reichsregierung und im Reichsrat für geeignet, um nunmehr auch diese Frucht in ihre Scheune zu bringen.

Die bayerische Regierung ist der Auffassung, daß

**mit diesem Gesetz die Art an die Polizeihoheit Bayerns**

gelegt wird.

Der Ministerpräsident führte u. a. weiter aus, daß die vergiftende Atmosphäre, wie sie der Prozeß Leoprechting erzeugt habe, keine unwesentliche Rolle gespielt habe. Die beiden Angelegenheiten ständen in keinem Zusammenhang. Er bedauere, daß sie zeitlich zusammentrafen. Er fuhr dann fort: Die bayrische Regierung beklagt im Interesse des Reichs und im Interesse des eigenen Landes die Gestaltung der Gesetze wie sie schließlich geworden ist. Sie erblickt in dem gegen ihren Widerspruch erfolgten Eingriff in die Justiz- und Polizeihoheit der Länder eine Vergewaltigung Bayerns, die mit dem Sinn und der Struktur der Reichsverfassung in Widerspruch steht; sie beklagt insbesondere auch, daß die bayerischen sozialistischen Mitglieder des Reichstages im Interesse ihrer parteipolitischen Ziele gegen ihr eigenes Vaterland Stellung nahmen, die den wahren Interessen des Reichs ebenso widerspricht wie der Auffassung der weitaus überwiegenden Mehrheit des bayerischen Volkes. Gegen diese Vergewaltigung Bayerns protestiert die bayerische Regierung auf das entschiedenste; sie betrachtet den

**Kampf gegen die Gesetze mit ihrer Annahme durch den Reichstag nicht als erledigt;**

sie hält diesen Kampf für einen solchen, der um das Lebensinteresse des eigenen Staates geht, der durch die Majoritätsbeschlüsse des Reichstags nicht entschieden werden kann. Die Staatlichkeit der Länder ist in der Verfassung anerkannt, wenn auch der Bundescharakter der früheren Verfassung verwischt ist. Das Reich schließt mit den Ländern Staatsverträge; Beispiele sind die Ueberweisung der Eisenbahnen und der Post an das Reich. Nach dem Geiste der Verfassung kann nicht einfach durch Majoritätsbeschlüsse die Staatshoheit der Länder aufgehoben werden; ebensowenig kann aber zugegeben werden, daß das gleiche Ergebnis auf dem Wege einer langsamen Aushöhlung der Staatlichkeit durch Majorisierung erfolgt.

**Die Betrachtung des Staates als eine sich lebendig und geschichtlich entwickelnde Organisation**

muß zu dieser Auffassung führen, eine Auffassung, die im bayerischen Volke fest begründet ist. Die Unruhe, ja die zweifelhafte Stimmung, die sich in den letzten Tagen weiter Kreise unseres Volkes bemächtigt hat, ist auf die Besorgnis zurückzuführen, daß Stück um Stück der bayerischen Staatlichkeit verloren gehe und schließlich Bayern zu einer Provinz herabgedrückt werden möchte. Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß die trostlose Lage des Reiches die Reichsregierung hätte einsehen müssen, die Einheitlichkeit und Geschlossenheit des ganzen deutschen Volkes sich zur Aufgabe zu machen und alles zu vermeiden, was Zwiespalt erzeugen mußte. Insofern trifft sie eine schwere Verantwortlichkeit. Im Augenblick der Annahme des Gesetzes durch die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches ist die bayerische Regierung als Hüterin der verfassungsmäßigen Zustände vor die Aufgabe gestellt, den Vollzug so zu leiten, daß irgendwelche Rückschläge gegen Ruhe und Ordnung im Lande vermieden werden. Auf der anderen Seite war es der bayerischen Regierung klar, daß ein Nichtvollzug oder Sabotierung der Gesetze eine Verletzung der Pflichten gegenüber der Reichsgemeinschaft bedeutet hätte. Schließlich erklärte der Redner, völlig unbegründet seien alle Besorgnisse, die in der Maßnahme der bayerischen Regierung eine Abkehr vom alten

**Grundsatz der Reichstreue**

erblicken wollen. Der Minister sprach das Bedauern der Regierung über das Ausscheiden der Demokraten aus und äußerte weiter, die Regierung könne ihre Beschlüsse nur dann verwenden, wenn die Mehrheit der Volksvertreter sich hinter sie stelle.

Die Bayerische Volkspartei beantragte ein

**Vertrauensvotum für die Regierung.**

In der Abstimmung wurde, nachdem die Redner der Parteien ihren Standpunkt dargelegt hatten, der Vertrauensantrag mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Mittelpartei und des Bayerischen Bauernbundes angenommen.

### Rücktritt des Ernährungsministers?

TU. **München**, 25. Juli. Die Haltung des Bayerischen Bauernbundes, der sich in allen Punkten auf den Standpunkt der bayerischen Regierung gestellt hat, scheint unter Umständen den Rücktritt des Reichsernährungsministers Fehr zur Folge zu haben.

### Sitzung des Ueberwachungsausschusses.

TU. **Berlin**, 26. Juli. Der 8. Reichstagsausschuß, der sogenannte Ueberwachungsausschuß, der den Reichstag während seiner Ferien vertritt, wird heute nachmittag 4 Uhr zu einer Sitzung zusammentreten.

### Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen in Rheinland und Westfalen.

p. **Düsseldorf**, 25. Juli. Dr. ing. Beumer hielt in der 51. Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen einen Vortrag über das Wirtschaftsjahr 1921-22. Der Redner unterwarf das Verhalten der Reichseisenbahnverwaltung bei und nach dem Uebergang der Bahnen auf das Reich einer scharfen Kritik und verwies bezüglich der Diktatur im Tarifwesen auf den Beschluß der nordwestfälischen Gruppe der Eisen- und Stahlindustriellen vom 29. Juni d. J., dem die Hauptversammlung einmütig beitrat, um dadurch zu bekunden, daß sämtliche in ihr vertretenen Kreise der rheinisch-westfälischen Wirtschaft (Bergbau, Industrie, Handel, Schiffahrt, Versicherungs- und Bankgewerbe) sich entschlossen zu den Forderungen bekennen. Auf dem Gebiete der Binnen- und Kanalschiffahrt setzte der Verein seine Mitarbeit für den Donau-Main-Kanal und den Hansa-Kanal fort. Ein wichtiges Gebiet, auf dem der Verein tätig war, ist das der Steuerfragen, bei deren Regelung gegenüber den ursprünglichen Entwürfen manche Besserungen erzielt wurden. Auch die Frage der Regelung der Vorkriegsverträge, der Rückführung von Maschinen und der Rheinzollgrenze haben den Verein eingehend beschäftigt. Vor allem war es das Gebiet der Handels- und Zollpolitik, auf dem der Verein tätig war, wobei er für die Grundlage der Bismarckschen Wirtschaftspolitik eintrat, auf der allein der Abschluß neuer Handelsverträge für Deutschland möglich sei. In Bezug auf das Bankwesen schilderte der Redner die üblen Folgen der Aufhebung des Bankgeheimnisses und der Einführung der Anzeigepflicht der Sparkassen. Eingehende Tätigkeit entwickelte der Verein auf dem Gebiet des Wohnungswesens, der Ausstellungen und Messen und der kulturellen Bestrebungen zur Steuerung der Not der Wissenschaft und des materiellen Elends weiter Studentenkreise. Der Redner empfahl endlich auf das wärmste den Bund der Künste, der unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Schöne-Essen eine fruchtbare Tätigkeit entfaltete. In der nachfolgenden Erörterung berichtete u. a. Dr. Woltmann-Oberhausen über die Brüsseler Kohlenverhandlungen, an denen er teilgenommen hat. In den Ausschuß wurden neugewählt: Dir. Dr. Elender, Dir. Dr. Hans Baare, Dir. Dr. Springorum, Fabrikbesitzer Funcke und Bankdirektor Dr. Wuppermann.

### Ein bayerisches Ministerium weniger.

TU **München**, 25. Juli. Das durch den Rücktritt des Ministers Hamm freigewordene Ministerium ist dem Ministerium des Aeußeren angegliedert. Damit sind die Ministerien um eins vermindert. Die Leitung für Handel, Industrie und Gewerbe wird nun künftig unter Dr. Meinel stehen.

### Die Kämpfe in Irland.

D. **London**, 25. Juli. Die Regierungstruppen räumen weiter in Irland auf; überall werden die Rebellen zurückgedrängt. Die Irregulären flüchten in die Berge. Ihre Moral ist geschwächt, so daß man glaubt, daß sie es nicht mehr lange aushalten werden. Das Volk handelt Hand in Hand mit den Regierungstruppen.

### Der Bergarbeiterausstand in Amerika.

D **Newyork**, 25. Juli. Die zum siebentenmal aufgenommenen Verhandlungen zur Beendigung des Bergarbeiterstreiks sind wieder auf dem toten Punkt angelangt. Es heißt, daß Präsident Harding persönlich künftig die Verhandlungen in die Hand nehmen wolle. Der Handelsminister Hofer hat angekündigt, er werde selbst durch Vermittlung der Handelskommissionen die Verteilung der Kohlenvorräte in den Streikgebieten vornehmen. Nach einer Meldung aus San Franzisko liegen 20 Schiffe bereit, um Kohlen aus Australien nach den Vereinigten Staaten zu holen.

TU **Düsseldorf**, 26. Juli. Für die Versorgung des Industriegebietes im Winter soll eine Kreditbeschaffungsstelle eingerichtet werden. Zur Beratung und Durchführung sind zu einer Besprechung am 27. Juli die Oberbürgermeister und Landräte sowie Vertreter der Industrieverbände und Gewerkschaften eingeladen worden.

bb. **Berlin**, 25. Juli. Vor dem hiesigen Landgericht begann die Verhandlung in der Klage Kaiser Wilhelms II. und Frau v. Bötticher, Gattin des früheren Staatsministers, gegen Emil Ludwig, Verfasser des Bismarckdramas. Es handelt sich dabei um die Frage, ob es dem Künstler erlaubt ist, noch lebende als handelnde Personen eines Bühnenstückes auftreten zu lassen und kritisch zu charakterisieren. Zu Beginn der Verhandlung machte der Vorsitzende einen Vergleichsvorschlag, daß der Beklagte auf die Aufführung und die Veröffentlichung des Buches bis zur Hauptverhandlung verzichte. Ludwig erklärte sich bereit, die Aufführung bis dahin aufzuschieben, nicht aber das Erscheinen des Buches.

TU. **Berlin**, 26. Juli. Wie die Tel-Union erfährt, steht die Ernennung des Grafen Brockdorff-Rantzau zum Botschafter in Moskau in den nächsten Tagen bevor.

D. **Hamburg**, 25. Juli. Die dem Transportarbeiterverband angeschlossenen Seeleute haben dem Zentralverein deutscher Reeder ein kurzfristiges Ultimatum gestellt, daß, wenn bis heute abend keine Schritte zur Beilegung des Streiks der Seemaschinisten eingeleitet sind, sämtliche Seeleute in den Streik treten.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Theodor Koffen, für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

**Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.**

# Berufskleidung!

Blauleinen-Jacken
Blauleinen-Hosen
Graue Drell-Jacken
Graue Drell-Hosen
Gruben-Jacken
Gruben-Hosen
Gruben-Hemden
Maler-Kittel

In allen Größen

Laboratoriums-Mäntel
Staub-Mäntel
Friseur-Mäntel
Friseur-Jacken
Metzger-Jacken
Kadett-Jacken
Konditor-Jacken
Koch-Jacken

In allen Größen

Koch-Hosen
Kellner-Jacken
Schreiner-Kittel
Wasch-Joppen
Manchester-Hosen
Engl. Leder-Hosen
Zwirn-Hosen
Steiger-Anzüge

**Preise: billig.** **Qualitäten: vorzüglich.**

## L. Clemens

Hochstraße BOCHUM Hochstraße

das Haus der guten Qualitäten



Neues
**Operetten-Theater**
Bochum
Rottstr. 29 Tel. 534

Gastspiel der Kölner Lustspiele
Heute und folgende Tage 8 Uhr abends:
Lachen ohne Ende
**Zwangs-Einquartierung.**
Schwank in 3 Akten mit Orchester.


### Bekanntmachung.

Wegen Ausführung von Pflasterarbeiten wird die **Mühlenstraße** in **Oerbel** von der Dorfstraße bis zur Röhlinghauser Straße auf die Dauer von 6 Wochen für den durchgehenden Automobil-, Fuhrwerks- und Radfahrerverkehr gesperrt.

Umfahrt: Krupp- und Röhlinghauser Straße.

Bochum, 20. Juli 1922.

**Der Polizeidirektor.**

### Bekanntmachung.

Wegen Ausführung von Kanalisationsarbeiten wird die **Wiesenstraße** in **Bochum** von der Wasserstraße bis zum Bach an der Gemeindegrenze Weitmar vom 21. Juli 1922 auf die Dauer von 2 Monaten für den durchgehenden Automobil-, Fuhrwerks- und Radfahrerverkehr gesperrt.

Umfahrt: Wiemelhauserstraße und Wasserstraße.

Bochum, 20. Juli 1922

**Der Polizeidirektor.**

### Bekanntmachung.

Der Plan über die Herstellung unterirdischer Telegraphenlinien in der Friedrich- und Loussenstraße in Bochum liegt beim Telegraphenamt in Bochum von heute ab vier Wochen aus.

**Telegraphenbauamt Bochum.**

### Nur für Postbeamte.

Zum 1. August 1922 zu vermieten: Hugo-Schultzstraße 48, 1. Obergeschoß rechts, 3 Räume.

Schriftl. Bewerbungen bis Donnerstag, den 27. d. Mts., mittags 12 Uhr an das Geschäftszimmer, Clemensstraße 27.

Vermietungstermin: Freitag, den 28. ds. Mts., abends 7 Uhr daselbst.

**Gemeinnütziger Wohnungs-Verein zu Bochum, e. G. m. b. H.**


**Metallbetten**
Stahlmatratzen, Kinderbetten dir. an Private. Katalog 26 u. frei
Liegen-Stellfabrik Gahl (Thür.)



**Städtisches Orchester Bochum**
Jeden Mittwoch und Sonntag nachmittags 4 Uhr:
**Parkhaus-Konzert.**
Bei ungünstiger Witterung fallen die Mittwochs-Konzerte aus, die Sonntags-Konzerte finden dann im Saale statt.



**Zentralheizungen**
Sanitäre Installation
Lieferung von Rohrleitungen,
Abwärmeverwertungs-Anlagen
Waschkauen, 8114
**Albert Staubach, Jng.**
Fernspr. 669 Bochum Fernspr. 669



**KAFFEE HACKERT** Bochum, Hellweg str. 1.
gegenüber der Feinbäckerei und Konditorei
Diese Woche Spezialität: **Dänische Kirsch-Torte**


### Bekanntmachung.

Der **Wert der Sachbezüge** der versicherten Personen für den Bezirk des Landkreises Bochum wird gemäß § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung vom 7. August 1922 ab wie folgt festgesetzt:

| | Berufsgruppen 1 | 2 |
|---|---|---|
| | Männliche Versicherte Mk. | Weibliche Versicherte einschl. Lehrlinge all. Berufe Mk. |
| Morgenkaffee oder Frühstück | 4.— | 3.— |
| Mittagessen | 12.— | 9.— |
| Nachmittagskaffee | 4.— | 3.— |
| Abendessen | 8.— | 6.— |
| Freie Wohnung einschl. Heizung und Beleuchtung | 4.— | 3.— |
| Summa täglich: | 32.— | 23.— |
| Summa monatlich: | 960.— | 720.— |
| Summa jährlich: | 11 520.— | 8 640.— |

Bemerkung: Für verheiratete Personen mit eigenem Hausstand gelten mit Ausnahme der freien Wohnung diese Sätze. Der Wert der freien Wohnung wird für diese Personen von Fall zu Fall festgesetzt.

Diese Festsetzung gilt auch für die dem Angestelltenversicherungsgesetz unterworfenen Berufsgruppen gemäß § 2 des genannten Gesetzes.

**Der komm. Landrat:** Stühmeyer.

**Der Vorsitzende des Versicherungsamtes des Landkreises Bochum:**
J. V.: Hesse.

Suche
**10 Lastautos**
für Kohlentransporte.
**H. Wrede, Weitmar.** Telefon 854.


**Anzüge u. Schlüpfer**
sehr große Auswahl!
Die Preise sind durch Ersparnis riesiger Unkosten für gute Ware
**enorm billig!**
Neuzeitliches großes Etagen-Spezial-Geschäft
**Herm. Lewin, Bochum**
Friedrichstraße 3. Nur 1 Treppe hoch.



**Solides Reisegepäck**

**Ed. Köllermann**
Friedrichstr. 2 Fernruf 444 Rottstr. 41



**Schlafzimmer**
in echt Eiche und gestrich. mit rot. Drellmatr. und ecrit. ital. Marmor, sowie
natur lackierte
**Küchen**
große schöne Modelle, schwere solide Ware, billig abzugeben.
**Fillo & Finger**
Bochum Alleestr. 12



**Goldankauf**
E. Beleistein, Kortumstraße 18.


Hiermit nehme ich die beleidigenden Aeußerungen, die ich gegen Frau **Ida Woestkoff, Querenburg,** Karlstr. 15 gemacht habe, mit dem Ausdruck des Bedauerns als unwahr zurück. Warne vor Verbreitung.

**Ehefrau Anna Brocke.**


**Maurer gesucht**
**E. Hegerfeld, Industriebaugesellschaft m. b. H.,**
Bochum.
Baustelle: Zeche Engelsburg: Polier Daum,
Baustelle:
Zeche Dannenbaum I: Polier Sauerbier.



Perfekte
**Stenotypistin,**
die flott und gewissenhaft arbeitet, für technische Schreibarbeit zum sofortigen Eintritt gesucht.
Schriftliche Angebote mit Zeugnissen an
**Gebr. Eickhoff, Maschinenfabrik, Bochum.**


Für herrschaftlichen Haushalt (3 Personen, 1 Kind) wird zum 1. August ein zuverlässiges, selbständiges
**Küchenmädchen**
gesucht. Stubenmädchen vorhanden. Hohes Gehalt. Angebot unter Nr. 12703 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.


**Stenotypistinnen**
mit bestem Können gegen gute Bezahlung gesucht.
**Fr. Gröppel,**
Bochum V.


**Miets-Gesuche**

Wir suchen für verschiedene unserer ledigen Angestellten einige
**möblierte Zimmer**
mit oder ohne Pension und bitten um gefl. schriftliche Angebote.
**Maschinenbau-Aktiengesellschaft Eisass, Bochum.**

Anständ. solider Fabrikhandwerker sucht
**möbl. Zimmer**
oder saubere Schlafstelle. Angeb. unter Nr. 12 654 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Wir suchen für einen unserer Herren
**möbl. Zimmer**
in gutem Hause.
**Bochumer Eisenhütte—Fahrendeller Hütte Heinemann & Dreyer.**

**Offene Stellen**

Ein tüchtiger
**Bauschlosser**
gesucht.
**Gustav Flasche,**
Wiemelhauserstraße 89.

Tüchtiger
**Lohnbuchhalter**
für Tiefbaugeschäft sofort gesucht. Angeb. unter Nr. 12649 a. d. Geschäftsst. d. Z.

Große Bergwerksgesellschaft sucht z. 1. Aug. 1922 oder später zwei möglichst im Verwaltungsdienst tätig gewesene nicht zu junge
**Bürobeamte.**
Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Angabe des Eintrittszeitpunktes sind einzureichen unter Nr. 12648 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Wir suchen jüngeren
**evangel. Herrn**
der eine gute Vorbildung besitzt, schriftstellerisch begabt ist und Neigung hat, sich als
**Schriftleiter**
auszubilden. Entschädigung wird sofort gewährt. Ausführliche Bewerbungen unter Nr. 12559 an die Gesch. d. Ztg.

Ordentlicher
**Laufbursche**
gesucht.
**C. Bohlmann**
Bochum, Kortumstr. 4.

Zuverlässiges
**Fräulein**
für Konditorei gesucht.
**August Fuchs,**
Friedrichstr. 31.

**Kaufgesuche**

**Rhein- und Mosel-Weinflaschen**
zu höchsten Tagespreisen zu kaufen gesucht. Abholung sofort.
**M. Becker,**
Bochum, Alleestraße 11
Telefon Nr. 316.

**Flaschen**
kauft
**Albert Janzik**
Spirituosen-Handlung.
Maarbrückerstraße 12.
Telefon 1036.

**Verkäufe**



Empfehle: prima hochtragende
**Kühe u. Rinder**
Max Sternberg, Bochum
Hohenzollernstr. 11.
Telefon 2350.

**Futtermöhren**
hat preiswert abzugeben
**A. Barenberg**
Bochum.

**Ladentheke**
1,70 lang zu verkaufen.
Castroperstraße 65.



Empfehle prima hochtragende, frischmelke
**Kühe u. Rinder**
**Willy Urbar**
Bochum, Maarbrückerstraße 36. Telefon 3745.

Nr. 172. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Mittwoch, 26. Juli 1922

# Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 26. Juli.

## Ein Plan zur wissenschaftlichen Erforschung des Sauerlandes.

### Ausdehnung auf das Industriegebiet.

ki. Man schreibt der „Korrespondenz Industriegebiet“:

Zum Zweck der wissenschaftlichen Erforschung des Sauerlandes, deren Hauptergebnisse in Gestalt einer Natur- und Landeskunde des Sauerlandes veröffentlicht werden sollen, hat am 18. d. M. in Hagen eine Versammlung von Vertretern der verschiedensten Wissenschaften stattgefunden. Angesichts seiner geographischen Lage als Haupteingangstor zum Sauerland wurde Hagen zum Vorort einer Kommission bestimmt, deren Aufgabe es sein soll, die notwendigen Vorarbeiten zur Ausführung dieses Planes in die Hand zu nehmen. Es konnte festgestellt werden, daß eine ganze Anzahl von Gelehrten dem Vorhaben großes Interesse entgegenbringen und daß seitens dieser bereits wichtige Veröffentlichungen in Angriff genommen worden sind, so auf dem Gebiete der Geologie, der Geomorphologie, der Wetter- und Klimakunde, der Pflanzen- und Tiergeographie, der Siedlungskunde wie der Volks- und Sprachkunde. Engere Beziehungen hinsichtlich der Ausführung des Planes bestehen übrigens auch zu der Gesellschaft für Wissenschaft und Leben im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und zu wissenschaftlichen Instituten wie z. B. dem Meteorologischen Observatorium Essen, das ein eigenes Stationsnetz im Sauerland (Kahler Asten, Werdohl, Mühnewarte) besitzt. In Verbindung mit letzterem hat Herr Lehrer Hennemann in Werdohl im Sauerland ein phänologisches Beobachtungsnetz geschaffen, das neuerdings durch die biologische Fachgruppe der Gesellschaft für Wissenschaft und Leben auch auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet ausgedehnt worden ist, denn auch dieses soll als Vorland des sauerländischen Gebirgsstocks, seiner natürlichen Beschaffenheit entsprechend, in die Landeskunde einbezogen werden, sodaß das ganze Ruhrgebiet einheitlich bearbeitet werden wird. Natürlich bedarf die Fertigstellung einer solchen Landeskunde der Mitarbeit weiterer zahlreicher Persönlichkeiten. Interessenten werden gebeten, sich an eine der folgenden Adressen zu wenden: Oberstudienrat Dr. Max Georg Schmidt, Lüdenscheid, Studienrat Dr. Ottweiler, Hagen i. W., Oberrealschule, Dr. W. R. Eckardt, Wetterwarte, Essen, Hansahaus. Es wurde auf der Versammlung zu Hagen fernerhin festgestellt, daß eine zusammenhängende größere Landeskunde des Vorgebietes nach dem Muster der Landeskunde Schlesiens von Jos. Partsch oder derjenigen Thüringens von Fritz Regel ein wirkliches und dringendes Bedürfnis ist.

## Nochmals die Bierpreiserhöhung.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Es ist richtig, daß die Brauereien den Bierpreis von 9.— Mk. auf 13,— Mk. für das Liter erhöht haben. Nach den Ausführungen in der gestrigen Nummer könnte man glauben, die Preiserhöhung sei vorgenommen worden aus reinem Uebermut, aus Machtdünkel usw. Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit?

Malz kostet heute mehr als hundertmal soviel gegenüber 1914. Der Hopfenpreis hat das 150-fache erreicht. Daß Kohlen weit mehr als das 100fache kosten wie früher, ist gleichfalls bekannt. Aehnlich geht es mit allen anderen Roh- und Hilfsstoffen, Betriebsbedürfnissen, Unkosten usw. Auch die Lohnsteigerungen, die ja auch den neuen Verhältnissen angepaßt werden mußten, sind zu berücksichtigen.

Ueber neue Bierpreise hat der Brauereiverband nun wiederholt mit den Wirteorganisationen verhandelt, weil zum Ausdruck kam, man müsse sich wegen der Ausschankpreise wenigstens einige Tage vorher auf die neuen Preise einrichten, Sitzungen abhalten, Neuanschaffungen machen usw. Nach den früheren Verhandlungen setzte nun aber einige Tage vor den Preiserhöhungen ein Sturm von Bestellungen ein, dem keine Brauerei gewachsen war. Die Sucht, zu hamstern, trat oft sehr stark und deutlich in die Erscheinung. Hinzugefügt sei aber, daß es auch besonnene Wirte gab, die auf die Verhältnisse Rücksicht nahmen. Diese ärgerlichen, zeitraubenden und unangenehmen Auseinandersetzungen wollten die Brauereien für die Zukunft vermeiden. Aus diesem Grunde haben sie schon vor einiger Zeit den Wirteorganisationen gelegentlich mündlicher Besprechungen davon Kenntnis gegeben, daß mit der Preiserhöhung gerechnet werden müsse. Die Nachrichten der Wirtepreise beweisen, daß man darauf gefaßt war, sich also auch wohl darauf schon einrichtete. Um aber den unerfüllbaren Bestellungen mit ihren Begleiterscheinungen aus dem Wege zu gehen und den Wirten Zeit zu lassen, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen, hat man sich bereit erklärt, noch eine ansehnliche Biermenge zum alten Preis zu liefern und zwar den zehnten Teil der Menge, welche die Abnehmer in dem verflossenen Vierteljahr erhalten haben, d. h. also den Bedarf für etwa 9 Tage. Der Wahrheit und Klarheit wegen sei hierauf hingewiesen.

Die Brauereien bemessen ihre Preise nach kaufmännischen Grundsätzen. Sie lassen nie aus dem Auge, daß das Bier ein Volksgetränk bleiben muß, wenn sie weiter bestehen wollen. Außerdem haben sie ja auch auf den Wettbewerb mit anderen Brauereien, die nicht dem Rheinisch-Westfälischen Verband angehören, Rücksicht zu nehmen. Der Hauptzweck der Verhandlungen mit den Wirten sollte aber sein, die Brauereien zu veranlassen, den Wirtschaften die Lieferung zu sperren, die die von dem örtlichen Verein beschlossenen Ausschankpreise nicht einhalten wollten. Darauf können die Brauereien aus verschiedenen Gründen nicht eingehen. Im übrigen vermißt der Brauerei-Verband Zeitungsmeldungen darüber, mit welchen Verbraucher-Organisationen die Wirte über ihre Ausschankpreise verhandelt haben, ehe sie diese festsetzten. Wer von den Gästen ist bei Festsetzung der Preise zugezogen worden? Der Preis von 7.— Mk. für ein ¼ Liter (gleich 28.— Mk. für ein Liter) ist übrigens durchaus nicht allgemein durchgeführt. Ein großer Teil der Wirtschaften verkauft billiger, hier und auch anderswo.

# Zur besonderen Gewerbesteuer im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

## Ergebnis der Enquête der Volkswirtschaftlichen Vereinigung.

Unter dem Vorsitz des Ersten Syndikus der Niederrheinischen Handelskammer Duisburg-Wesel, Oberbürgermeisters Dr. Most, M. d. R., brachte der Gewerbesteuerausschuß der „Volkswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“ in einer kürzlichen Sitzung in Duisburg-Ruhrort die von ihr gehaltene Enquete über die besondere Gewerbesteuer in den Gemeinden des rheinisch-westfälischen Industriebezirks zu einem vorläufigen Abschluß. An der Aussprache beteiligten sich hervorragende Vertreter der Gemeinden und der Steuerpflichtigen. Das Bestreben aller Ausschußmitglieder war getragen von dem Wunsch, einen für alle Teile gerechten und billigen Ausgleich zwischen den widerstrebenden Interessen der Steuergläubiger und Steuerschuldner zu schaffen. Nach einem eingehenden Tätigkeitsbericht von Oberbürgermeister Dr. Oehler, Oeynhausen, über die vielgestaltigen Arbeiten des Unterausschusses nahm der Ausschuß einstimmig folgende Entschließung an:

Die Volkswirtschaftliche Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sieht die Ursache der erheblichen Bedenken, zu denen die jetzige gemeindliche Gewerbesteuer Anlaß gibt, in erster Linie in der finanziellen Notlage, in welche die Gemeinden durch die Reichssteuergesetzgebung gebracht sind; sie empfiehlt daher in erster Linie, den Gemeinden mehr Einnahmen, auch bewegliche, zuzuführen, damit sie nicht gezwungen sind, die Gewerbesteuer bis zur äußersten Grenze der Erträglichkeit zu erheben, insbesondere durch stärkere Beteiligung der Gemeinden an den Reichssteuern, rechtzeitige Ueberweisung derselben und durch kräftigeren Ausbau des Ausgleichs der Gemeindelasten auf dem Gebiete der Schule, Polizei und Wohlfahrtspflege, wozu auch eine gerechtere Verteilung der Einkommensteuer gehört.

Für eine Reform der preußischen Gewerbesteuer würden folgende Grundlagen anzunehmen sein:

1. eine gesetzliche Regelung des materiellen Gewerbesteuerrechts durch das Reich kann nicht befürchtet werden. Die Gewerbesteuer kann nicht Reichssteuer werden, muß Gemeindesteuer bleiben. Das Reich erhebt bereits in der gewerblichen Umsatzsteuer eine Steuer, die vielfach einer Gewerbesteuer gleichkommt. Eine einheitliche Regelung der Gewerbesteuer als Gemeindesteuer durch Reichsgesetz kann auch nicht in der Form eines Mantelgesetzes empfohlen werden, da den Gemeinden die Möglichkeit belassen werden muß, durch besondere Steuerordnungen, durch Wahl geeigneter Maßstäbe und angemessene Verbindung derselben und die entsprechende Bemessung der Steuersätze die Gewerbesteuer dem Finanzbedarf der Gemeinde und der örtlichen Art und Gliederung der Gewerbebetriebe möglichst anzupassen. Dagegen erscheint es angezeigt, gemäß den Bestimmungen des Landessteuergesetzes bei einer etwaigen Regelung der Gewerbesteuer in Preußen einzelne Vorschriften der Reichsabgabenordnung, insbesondere über die Feststellung des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals und die Art der Rechtsmittel unter Beibehaltung der preußischen Behörden zu berücksichtigen.

2. Eine staatlich zu veranlagende Gewerbesteuer kann in Preußen zur Zeit nicht entbehrt werden. Die durch das Gewerbesteuergesetz von 1891 geregelte Steuer, deren Erhebung durch den Staat nicht in Frage kommen kann, bedarf demnächst einer gesetzlichen Neuordnung; hierfür zur gegebenen Zeit Vorschläge zu machen, ist die Volkswirtschaftliche Vereinigung bereit.

3. Für die besonderen gemeindlichen Gewerbesteuerordnungen sind durch freie Verständigung unter den Gemeinden und den Gewerbesteuerpflichtigen neue Richtlinien aufzustellen. Die Volkswirtschaftliche Vereinigung beauftragt mit der Aufstellung von Entwürfen ihren Unterausschuß.

4. Im Interesse eines gerechten, gemeindlichen Lastenausgleichs wird bei der künftigen Reform des Kommunalabgabenrechts dahin zu wirken sein, daß auch die Gewerbesteuer mehr als bisher der Gemeinde zukommt, in welcher die Angestellten und Arbeiter wohnen und Gemeindelasten verursachen.

Solange eine solche gesetzliche Regelung noch nicht erfolgt ist, kann das Ziel nur erreicht werden im Wege einer Verständigung unter den hierbei beteiligten Gemeinden und steuerpflichtigen Betrieben.

5. Die Vertretungen der Gewerbesteuerpflichtigen sollen über die Entwürfe der zu erlassenden Gewerbesteuerordnungen und die zu fassenden jährlichen Umlagebeschlüsse unter Begründung des Finanzbedarfs rechtzeitig gehört werden. Auch ist das Ergebnis der Verhandlung der Gemeindevertretung und mit dem Antrage auf Genehmigung der Beschluß- und Aufsichtsbehörde einzureichen.

Der Unterausschuß wird nunmehr an die Ausarbeitung von Entwürfen einiger Normalgewerbesteuerordnungen gehen, um sich alsdann mit der Reform des Gewerbesteuergesetzes von 1891 und des Kommunalabgabengesetzes zu befassen.

ah. **Förderung des bargeldlosen Verkehrs durch das Gericht.** Der bargeldlose Zahlungsverkehr soll jetzt auch durch die Gerichte gefördert werden. Das Reichsbankdirektorium will die Registerrichter bitten, Firmen, die ihre Eintragung in das Handelsregister oder Genossenschaftsregister beantragen, zur Errichtung eines Postscheckkontos durch Uebergabe eines gedruckten Schreibens sowie eines Antrags auf Eröffnung eines Postscheckkontos aufzufordern. Der Justizminister macht den Gerichten hiervon Mitteilung und bemerkt, daß er die Erfüllung der Bitte für angezeigt erachte.

dra. **Was man auf Briefe schreiben darf.** Auf der Außenseite von Briefsendungen, also auch von Drucksachen usw., läßt die Postordnung weitere Angaben zu, wenn sie nicht die Eigenschaft einer brieflichen Mitteilung haben und in keiner Weise die Deutlichkeit der Aufschrift, die Stempelabdrücke und der Vermerke der Post beeinträchtigen. Für den inneren deutschen Verkehr hat das Reichspostministerium jetzt allgemeine Vermerke wie Eilt, Dringend, Wichtig, Geheim, Persönlich, Vertraulich usw. zugelassen. Bei Postkarten und Drucksachen in Kartenform gilt dies für die rechte Hälfte der Aufschriftseite.

× **Arends'scher Stenographentag.** Der 19. Gautag des Rheinisch-Westfälischen Gaues Arendsscher Stenographen, tagte unter Vorsitz des Reg.-Oberbausekretärs Theis, Paderborn bezw. des Kn.-Abteilungsvorstehers H. Aumann, Bochum, bei reger Beteiligung Samstag und Sonntag bei Dorlöchter bezw. im Märkischen Hof. Aus den Verhandlungen ist zu erwähnen, daß die Unterrichtstätigkeit eine rege war. Die Beitrags-, Zeitschriften- und Lehrmittelfrage wurde reformatorisch geregelt, ebenso die Angelegenheit des Unterrichtsgeldes, der periodischen Preisschreiben usw. Es wird angestrebt, die mit dem Arbeiter-Stenographenbund bestehende Arbeitsgemeinschaft noch enger zu gestalten. Für die nächstjährige Tagung wurde die Einladung der anwesenden Schriftgenossen aus Corbach in Waldeck angenommen. Als Gauvorsitzender wurde, nachdem H. Aumann die Wahl nicht annehmen zu können erklärte, Herr Amtskassen-Obersekretär K. Rodemeyer, Bochum, und als dessen Sekretär Herr Verwaltungsanwärter K. Sommer, Bochum, gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder: Gerichtsbeamter Liebke, Herne und Spark.-Direktor Schmidt, Schwerte, verbleiben im Amt. Der vom 7. bis 10. August in Dresden stattfindende internationale Stenographentag wird beschickt werden. — Beim Gauwettschreiben liefen nach Bochum folgende Preise: Im Schön- und Richtigschreiben: Frl. Elfr. Schulz und Quartaner K. Heinz Aumann, in der Klasse 80 bis 100 Silben pro Minute: Herr Fritz Aumann, in der Klasse 120 bis 150 Silben: Herr K. Sommer und endlich in der Klasse 200 bis 240 Silber Herr Hch. Aumann (1. Preis). — Die reich beschickte stenographische Ausstellung fand allseitige Bewunderung. — Das anschließende 17. Stiftungsfest des Stenographenvereins Arends, Bochum, erfreute sich eines äußerst starken Besuches.

tho. **Sinken des Eierpreises?** Aus der friesischen Wehde wird ein starkes Sinken der Eier-

## Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

**Mittwoch, den 26. Juli 1922.**

**Jugendgruppe Weitmar,** abends 8 Uhr bei Claas, Hattingerstr., wöchentliche Zusammenkunft.

**Jugendgruppe Hofstede,** abends 8 Uhr, bei von Hören, Hernerstr., wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Neukirchen. Die Mitglieder des Ortsvereins werden freundlichst eingeladen.

**Jugendgruppe Altenbochum** (Ortsteil „Prinz von Preußen“), abends 8 Uhr, bei Wahl, Brückstraße, wöchentliche Zusammenkunft.

**Jugendgruppe Hamme 1,** abends 8 Uhr, bei Lohmann, Dorstenerstr. 192, wöchentliche Zusammenkunft.

**Jugendgruppe Eppendorf,** abends 8 Uhr, bei Riggeling, wöchentliche Zusammenkunft.

**Jugendgruppe Altenbochum,** abends 8 Uhr, bei Hustadt, Steinkuhlstraße, wöchentliche Zusammenkunft.

**Donnerstag, den 27. Juli 1922.**

**Jugendgruppe 1. Stadtbezirk,** abends 8 Uhr bei Mensing, Dorstenerstraße, wöchentliche Zusammenkunft. Redner:: Herr Rösner.

**Jugendgruppe Hamme 3,** abends 8 Uhr, bei Westermann, Haldenstraße 54, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Neukirchen.

**Jugendgruppe 5. und 6. Stadtbezirk,** abends 8 Uhr, im „Bochumer Hof“, Alleestr. 17, wöchentliche Zusammenkunft.

**Jugendgruppe Griesenbruch,** abends 8 Uhr bei Sethe, Max- und Bessemerstr.-Ecke, wöchentliche Zusammenkunft.

**Jugendgruppe Ehrenfeld,** abends 8 Uhr, bei Hahnefeld, Hermannshöhe, wöchentliche Zusammenkunft Redner: Herr Droste.

# Steffani Drehsa.

Roman von Alexandrine v. Bosse.

6) (Nachdruck verboten)

Anfang Mai heiratete Aenni Wagnitz ihren dicken, großen Benno; die Hochzeit wurde in Wagnitz gefeiert, und das junge Paar reiste unmittelbar nach dem Schluß des Festes ab.

Im Juni bezogen Drehsas ihre neue Besitzung Schloß Dohneck bei Rödenau. Dort, wo jetzt das helle Schlößchen aus dem Grün leuchtete, stand einst eine Burg Dohneck, die diesen Namen nach einem kleinen Bach, die Rote Dohn, geführt, der sein gewöhnlich klares, doch nach Regengüssen rötliches Wasser durch ein tiefes Bett daran vorbei ins Tal ergießt, wo sein Lauf in einen größeren Bach mündet. Von der Burg waren nur noch wenig efeuüberwonnene Trümmer übrig, und als der Herr v. Harden sein helles, neues Haus neben den Resten des alten Raubritternestes erbaut, war ihm der Name gegeben worden, obgleich es kaum die Bezeichnung Schloß verdiente. Es war ein langgestrecktes Haus mit einem viereckigen Turm und kehrte der Straße, die etwa dreißig Meter tiefer im engen Tal daran vorbeiführt, sein Längsfront zu mit den hohen gewölbten Fenstern und dem hübschen, von schlanken Säulen getragenen Vorbau.

Da es aus hellem Sandstein erbaut war, stand es leuchtend gegen den dunklen Hochwald, der dahinter die sanfte Lehne des Berges sich hinanzog und mit zum Park gehörte. Wer unten vorbeifuhr, konnte nicht umhin, den Blick zu dem freundlichen und dabei durch die ruhige Linie seiner Fassade großzügig wirkenden Bau emporschweifen zu lassen. Still und friedlich, einsam erscheinend, lag es in das Grün seiner Umgebung eingebettet; weit und breit war kein anderes Haus zu sehen. Die landwirtschaftlichen Gebäude lagen unten im Tal und die Stallungen hinter Bäumen verborgen.

Wie zur Strafe dafür daß sie die Ueberraschung nicht freudiger aufgenommen, hatte Rüdiger Steffani nicht erlaubt, früher das Haus zu besichtigen, als bis sie darin einziehen würden. Sie war sehr aufgeregt, als an einem schönen Junitag ihr Wagen langsam die gewundene Straße hinauffuhr, die von Kastanien beschattet wurde. Dann ging es an der uralten Steineiche, die sich am Parkeingang erhob, vorbei auf knirschendem Kiesweg in den Park hinein, und plötzlich tauchte das helle Haus mit dem Turm und der hohen, gewölbten Bogenhalle des Haupteingangs vor ihren Blicken auf.

Blühende Rhododendronbüsche und dahinter die goldenen Kaskaden hoher Goldregensträucher flankierten die breite Freitreppe, die zum Haupteingang hinaufführte. Zu beiden Seiten, von Stufe zu Stufe aufsteigend, schmückten sie rundgeschnittene Orangen- und Myrtenbäumchen. Auf dem kurzgeschnittenen Rasen rund vor dem Hause, um das herum die Auffahrt sich wand, erhob sich eine mächtige Rotbuche und davor, in winklig angelegtem großem, buchsbaumumgrenztem Beet, blühten vielfarbige Rosen in seltener Fülle.

Als Steffani vor der Freitreppe aus dem Wagen stieg, dachte sie unwillkürlich an die düsteren Mauern des Drehsaschen Stammschlosses Oedenscheidt. Von steifen Pappeln umstanden, hatte der mächtige Bau den Eindruck eines Gefängnisses auf sie gemacht, als sie an einem frostigen Herbsttag, müde von langer Reise, bei grauverhangenem Himmel, zum erstenmal es gesehen hatte und darin eingezogen war. Dagegen wirkte Schloß Dohneck wie ein Märchenzauber, so lieblich und fast unwirklich schön erschien es ihr.

Der Frühling war spät gekommen, noch stand alles in Blüte, sowohl die dichten Fliederbüsche am Wege als auch Aepfel- und Birnbäume hinter dem Hause. Von Rödenau aus waren sie auf der Landstraße unter dem Schnee blühender Kirschbäume hingefahren, und Steffanis Herz war ganz erfüllt von all dem Duft, von all dem süßen Frühlingszauber, durch den hindurch Rüdiger sie heute in ihr neues Heim einführte.

Kein Wort sagte sie, aber ihre Augen strahlten.

Nachdem Rüdiger sie durch das ganze Haus geleitet, in dessen Räume durch die geöffneten Fenster die linde, düftevolle Lenzluft einströmte, betraten sie zuletzt durch den weiten Garten, auf einen von Pfeifenkraut und Clematis umwucherten Vorbau. Er lag zu ebener Erde, da das Haus nach rückwärts dem ansteigenden Terrain angepaßt war, und davor breitete der Park sich aus, mit weiten Wiesenflächen, die alte, breitästige Bäume umstanden. Steffani sah ihre Kinder über den grünen, blumigen Rasen der Wiese flattern, taumelnd, gleich duftberauschten Schmetterlingen, hörte ihr jubelnden Stimmchen; da wendete sie sich rasch Rüdiger zu, streckte ihm die Hände entgegen und stammelte aus übervollem Herzen: „Ich danke dir — ich danke dir, Rüdiger! Es ist ein Paradies!“

Er ergriff rasch ihre Hände, zog sie an sich und küßte sie auf den frischen, blühenden Mund, auf dem die Worte des Dankes noch bebten.

Es war ein Augenblick des Glücks und des Verstehens, wie er bisher selten noch zwischen ihnen sich eingestellt. Sie waren danach beide wie befangen; so überraschte sie die ungewohnte gegenseitige Zärtlichkeit. Er nahm ihren Arm, und schweigend, klopfenden Herzens gingen sie nebeneinander über die sauberen Kieswege und über den weichen Rasen in den Park. Hier kamen die Kinder ihnen jauchzend entgegen. Als sei es verabredet, sauste Peterchen auf die Mama zu, die ihn in ihren Armen auffing, während Binchen mit vorgestreckten Händen und vor Wonne jubelnd auf den Vater zutaumelte, der sie hoch in die Luft hob und im Kreise wirbeln ließ.

Es war ein Tag voll Sonne, voll Duft und Glück.

*

Nach zwei Wochen des herrlichsten Wetters waren trübe Regentage gekommen, die Dohn war angeschwollen und rauschte wild sprudelnd zu Tal, ihr Wasser erschien so rot, als habe sie das Blut, das einst die Ritter von Dohneck hier vergossen, aus dem Erdboden wieder herausgewaschen. Dann wurde es wieder schön, und nun kam erst wirklich der Sommer. Flieder und Goldregen waren verblüht, die Eichen und Buchen im Park senkten schwerbelaubt ihre Zweige, Heu duftete auf den Wiesen. Auf dem Rasenrund vor der Einfahrt blühten die Rosen schöner noch als zuvor, und sie blühten auch um den Kiesplatz vor dem Vorbau, wo Rüdiger selbst sie pflegte.

Nie vergaß er, morgens die schönste, frischerblühte Rose stillschweigend neben Steffanis Teller zu legen. Mit leisem Dank nahm sie jedesmal die Gabe entgegen, die ihr wie ein an jedem Morgen wieder stumm dargebrachtes Liebesgeständnis erschien.

Heute war Rüdiger schon zeitig in die Stadt gefahren; er wollte erst gegen Abend zurückkommen. Es war ein drückend schwüler Tag. Am Nachmittag, vor dem Tee, ging Steffani in den Garten, wo die Kinder im Schatten einer Baumgruppe im Sand spielten.

Als Steffani einmal zu ihrer Mutter äußerte, sie wisse gar nicht, von wem Binchen den starrsinnigen Eigenwillen geerbt haben könne, war ihr lachend erwidert worden: „Aber von dir doch natürlich, Steffi! Du warst als kleines Kind genau so unbändig, und der Vater mußte oft genug sehr hart und streng mit dir verfahren, bis es ihm gelang, deinen Eigensinn zu brechen.“

Daran konnte Steffani sich nicht mehr erinnern; sie meinte, der Vater habe seinerzeit zu gründlich ihren Willen gebrochen, weshalb sie noch heute eine ihrer Natur eigentlich fremde Furchtsamkeit und Unsicherheit ergriff, sobald sie einmal ihrem Willen Geltung zu schaffen wünschte.

Binchen tollte, trotz der Hitze, mit ihrem geduldigen Spielkameraden, dem gelben Schäferhund, umher und lachte dabei so herzlich über seine Sprünge, wie nur Kinder lachen können.

Während Steffani das lebhafte Kind beobachtete, fragte sie sich, ob es ihr gelingen würde, Binchen auch ohne Gewaltmittel, die ihr den Willen brachen, zu einem vernünftigen Menschenkind zu erziehen. So unbändig das Mädchen sich auch benahm, es war doch ein lebendiges kleines Geschöpf voll Liebe. Seinen Vater liebte das Kind geradezu feurig, und Steffani dachte: Es soll ihn nicht so fürchten lernen, wie ich meinen Vater als Kind fürchtete, weil meine Schwäche so hilflos seiner Stärke unterlag, und weil man mich gelehrt, vor ihm zu zittern.

Peterchen kam zu ihr gelaufen, kletterte auf die Lehne der Bank und begann hinter ihr halsbrecherische Turnübungen. Sie hatte ihm vor einiger Zeit auf Rüdigers Wunsch das Haar kurz schneiden lassen, er sah nicht mehr so niedlich aus, aber jugendhafter und trug nun auch Hüschen. Das Haar erschien dunkler, seit es kurz war, und er glich seitdem seinem Vater noch mehr, weil die Kopfform stärker erkennbar wurde. Nun kletterte er über die Lehne, setzte sich neben die Mutter und nestelte sich an sie an.

(Fortsetzung folgt.)

preise gemeldet. In den letzten Tagen ging der Preis für frische Hühnereier von 7,— Mark auf 4,50 Mark zurück.

rz **Den Staat betrogen.** Das Landgericht Bochum hat den Reisenden Fritz Neigenfind wegen Beihilfe zum Betrug am 20. September v. J. zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte den ebenfalls verurteilten ehemaligen Feldwebel und Kassenverwalter Rebel versprochen, Geldsendungen für ihn anzunehmen. Rebel veranlaßte die Post auf Grund der sogenannten Anerkennungsscheine seines früheren Truppenteils, die Gelder auszuzahlen. Während des Krieges war es nicht üblich gewesen, daß ein Truppenteil, das Geld selbst der Post zur Uebersendung an den Empfänger übergab, sondern die Post erhielt einen solchen Anerkennungsschein. Die Auslagen wurden später vom Militärfiskus an die Post im ganzen wieder zurückerstattet. Rebel füllte nun solche Urkunden aus und übergab sie der Post. Diese zahlte das Geld ohne weiteres an den Angeklagten aus. Als Belohnung dafür durfte er stets ein Drittel von dem Geld für sich behalten. Auf diese Weise hat Rebel den Staat um den Betrag von 230 000 Mark geschädigt. Obwohl der Angeklagte R. behauptete, er habe das Geld als den Gewinn von Schiebergeschäften des Rebel angesehen, erachtete das Landgericht für erwiesen, daß er den strafbaren Erwerb des Geldes kannte. Gegen das Urteil hatte Neigenfeind Revision eingelegt. Diese wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen, da es gleichgültig sei, ob der Angeklagte auch die Einzelheiten der Taktik des Feldwebels kannte, es genügt vielmehr, daß er den strafbaren Erwerb des Geldes kannte.

△ **Im neuen Operettentheater** ist der unsagbar wertlose Schmarren der Vorwoche von dem weltaus bühnenwirksameren Schwank „Zwangseinquartierung" abgelöst worden. Als dieser Schwank im vergangenen Jahre mit Hans Olsen vom Essener Stadttheater als Gast im alten Operettentheater gegeben wurde, war der künstlerische Gewinn des Abends entschieden stärker. Bei Karl Schmitz und Joseph Weißweiler, den Kölner Komikern, gibt die Verzerrung ins Groteske-Komische den Ausschlag, und daß hier des Guten zuviel getan wird, ist eben das Vorrecht der Komiker. Sie sind als Schauspieler nicht zu werten. Und so wurde auch über die „Zwangseinquartierung" in dieser Aufmachung herzlich gelacht, und man hätte gegen die Fröhlichkeit nichts einzuwenden gehabt, wenn nicht Maria Schmitz als Köchin den guten Eindruck ihres ersten Auftritts durch ihre geschmacklose Kostümierung im Brautschleier total verdorben hätte. Was versprach das Neue Operettentheater nicht alles bei der Eröffnung vor einem Jahre! Ist dies das Ende? Hoffentlich vermeidet man jetzt die Entgleisungen, dann läßt man sich die ausgezeichnete Komik der Herren Schmitz und Weißweiler gefallen.

Q **Zuchthaus für einen Einbrecher.** Vor der Strafkammer hatten sich der Kellner Fritz Rutkowski wegen rückfälligen schweren Diebstahles und die Ehefrau Anna Smits, beide von hier, wegen Hehlerei zu verantworten. Rutkowski, der letzthin von der Hagener Strafkammer zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, gehörte einer Einbrecherbande an, die lange Zeit die hiesige Gegend unsicher machte. Sie führte u. a. zwei schwere Einbruchsdiebstähle aus so bei dem Kaufmann Welten, wo ihnen Kleider, Schmucksachen, Zigarren und andere Sachen in die Hände fielen, und bei dem Kaufmann Brinkmann, wo sie eine Kassette mit 4400 Mk. und ein Sparkassenbuch entwendeten. Die Komplizen des Rutkowski sind bereits abgeurteilt. Als R. am 7. Juli v. J. verhaftet wurde, leistete er tätlichen Widerstand. Bei ihm wurde eine Schußwaffe vorgefunden. Die Smits sollte einige Teile der Diebesbeute in Dortmund umgesetzt haben. Jedoch ergab die Beweisaufnahme hierfür keine Unterlage. Unter Einrechnung all seiner Vorstrafen erkannte das Gericht gegen Rutkowski wegen schwerer Einbruchsdiebstähle, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Vergehens gegen das Waffenverbot auf eine Gesamtstrafe von 6 Jahren Zuchthaus. Die Smits wurde freigesprochen.

Q **„Die heilkräftigen Rheumaperlen."** Vor dem Schöffengericht fand eine Verhandlung statt, die des komischen Beigeschmackes nicht entbehrte. Der Friseur Schabies in Gelsenkirchen vertreibt ein „Rheuma-Allheilmittel", Flasche zu 40 Mk., genannt „Rheumaperlen". Auf der Flasche ist ein Etikett angebracht mit der für alle Rheumakranken beglückenden Verheißung: „Schmerzen, wie weggeblasen!" Das Zeug geht ab wie warme Semmel. Im vorigen Jahre verkaufte Schabies auch hier im Bochumer Hof sein Präparat. Nach sachverständigem Urteil besteht es aus Salyein, Aether und Alkohol. Da aber bei den vielen Käufern die Wirkung ausblieb und nicht die Schmerzen, wohl aber, wie der Gerichtsvorsitzende sarkastisch unter allgemeiner Heiterkeit bemerkte, das Geld, wie weggeblasen, sich zeigte, nahm sich die Staatsanwaltschaft der Sache an und erhob gegen Schabies die Anklage wegen Betruges. In der Verhandlung erging sich der Angeklagte in großem Wortschwall über die „Heilkraft" seiner Rheumaperlen. Er erbot sich, den Gerichtshof und den Vertreter der Anklage mit seinem Präparat zu behandeln. Da aber niemand ein Reißen in den Gliedern verspürte, andererseits überzeugt war, daß es nichts helfen werde, ging man auf das freundliche Angebot des Angeklagten nicht ein, verurteilte ihn aber wegen Betruges zu 1500 Mk. Geldstrafe.

**Polizeibericht.** Bei der Polizeidirektion, Hattingerstr. 59-61, befinden sich: ein Trauring gezeichnet H. Sch., ein Ring mit Opalstein, ein Medaillon mit Kette, eine Damenuhrkette. Sachen, deren Eigentümer oder sonstiger Empfangsberechtigter nicht bekannt ist. Ansprüche sind auf Zimmer 37 während der Dienststunden zu machen

**Ueberrascht.** In einem Haferfeld an der Wittenerstraße, in der Nähe der Grenze nach Altenbochum wurden zwei Männer am Montag nachmittag überrascht, als sie dort versteckte Margarine auf einen Handwagen verluden. Als sie sich entdeckt sahen, ergriffen beide die Flucht unter Mitnahme von zwei Paketen Margarine. Der Handwagen mit sechs Kisten Margarine und einem Regenmantel blieben zurück. Die Sachen wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.

# Handel / Industrie / Verkehr

**1 Dollar am 25. Juli 499 Mark.**
(Nach der amtlichen Berliner Notierung) „ 24. „ 502 „

**Amtliche Devisenkurse.** (Berlin)

| Für drahtliche Auszahlungen | | 24. Juli Geld | 24. Juli Brief | 25. Juli Geld | 25. Juli Brief | Höchst. bish. G. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Holland | 100 G. | 19625.4 | 19674.6 | 19525.5 | 19574.4 | 20873.0 |
| Belgien | 100 Fr. | 4019.95 | 4030.05 | 3985. — | 3995. — | 3945.62 |
| Norwegen | 100 Kr. | 8514.30 | 8535.70 | 8414.45 | 8435.55 | 8938.80 |
| Dänemark | 100 Kr. | 10861.4 | 10888.6 | 10761.5 | 10788.5 | 11660.4 |
| Schweden | 100 Kr. | 13008.6 | 13041.3 | 13008.7 | 13041.3 | 13682.8 |
| Italien | 100 Lir | 2337.05 | 2342.95 | 2322.05 | 2327.95 | 2327.05 |
| England | 1 St. | 2237.20 | 2242.80 | 2232.20 | 2237.80 | 2397.— |
| Amerika | 1 D. | 502.37 | 503.63 | 499.37 | 500.63 | 527.83 |
| Frankreich | 100 Fr. | 4224.70 | 4235.30 | 4222.20 | 4232.80 | 4169.75 |
| Schweiz | 100 Fr. | 9488.10 | 9511.90 | 9539.05 | 9559.95 | 10112.3 |
| Spanien | 100 Pes. | 7776.20 | 7779.75 | 7785.25 | 7804.75 | 8239.65 |
| Dtsch.-Oest. | 100 Kr. | 1.63 | 1.67 | 1.45 | 1.49 | —.— |
| Tsch.-Slow. | 100 Kr. | 1086.60 | 1089.40 | 1137.55 | 1140.45 | 1188.50 |
| Ungarn | 100 Kr. | 31.96 | 32.04 | 32.75 | 32.85 | —.— |

**Rhein-Westf. Devisenmarkt.**

p. Gestern nachmittag war das Geschäft bei wenig veränderten Devisenkursen ruhig. Gegen Abend trat auf eine schwächere Markmeldung aus Newyork eine Befestigung der fremden Devisen ein, ohne daß das Geschäft aber lebhafter wurde. Es wurden abends genannt: **Holland 19 700, Belgien 4000—4050, Frankreich 4200—4230, England 2250—2270, Newyork 506, Schweiz 9650.**

## Berliner Börsenkurse.

vom 25. Juli 1922.

| | 24. 7. | 25. 7. | | 24. 7. | 25. 7. |
|---|---|---|---|---|---|
| **Bankaktien** | | | Eintr. Braunk. | 1600. | 1645. |
| Barmer Bankv | 213.— | 210.— | Elberf. Farben | 750.— | 730.— |
| Com.u.Privatb. | 285.— | 285.— | Eschw. Bergw. | 924. | 399.— |
| Darmst. Bank | 271.— | 271.— | Essener Steink. | 1400. | 1415. |
| Deutsche Bank | 475.— | 475.— | Flensb. Schiffsb | 330.— | 840.— |
| Disconto-Ges. | 390.— | 389.— | Gasmot. Deutz | —.— | 770.— |
| Dresdner Bank | 290.— | 290.— | Gels. Bergw. | 1325. | 1350. |
| Ess. Cred. Anst. | 250.— | 248.50 | Gels. Gußstahl | 301.— | 800.— |
| Reichsbank | 206.75 | 209.— | Glas Schalke | 3800. | 3800. |
| **Brauereiaktien** | | | Goldschmidt | 970.— | 955.— |
| Boch. Viktoria | 555.— | 560.— | Harp. Bergw. | 3275. | 3325. |
| Dortm. Aktien | 760.— | 760.— | Hasp. Eis. u. St. | —.— | —.— |
| Dortm. Union | 775.— | 875.— | Heckmann C. | 3225. | 3200. |
| MüserLangend | —.— | 740.— | Hirsch Kupfer | 345.— | 930.— |
| Schleg. Scharp. | —.— | —.— | Hohenlohe | 825.— | 815.— |
| **Schiffahrtsaktien** | | | Howaldswerke | 560.— | 550.— |
| Hamb. Am. Pak. | 449.— | 443.— | Höchst Farben | 740. | 727.— |
| Nordd. Lloyd | 329.75 | 327.— | Hösch Stahlw. | 1430. | 1516. |
| **Industrieaktien** | | | Humb. Masch. | 570.— | 579.— |
| Adlerwerke | 440.— | 465.— | Ilse Bergbau | 1390. | 1420. |
| Akkumul. Hag. | 1330. | 1330. | Kali Aschers. | 1162. | 1160. |
| Allg. Elekt. Ges. | 759.— | 750.— | Köln Neuessen | 1500. | 1550. |
| Anglo Guano | 1760. | 1725. | Königsborn | 2050. | 2075. |
| Annener Guss | 790.— | 825.— | Küpersbusch | 1800. | 1935. |
| Arenberg | —.— | —.— | Lahmeyer&Co. | 403.— | 385.25 |
| Bad. Anilin | 825.— | 815.— | Laurahütte | 2075. | 2044. |
| Balcke Masch. | 903.— | 899.— | Magd. Bergw. | 1450. | 1525. |
| Baroper Walz. | 1000. | 1050. | Mannesmann | 1195. | 1148. |
| Bergm. Elektr. | 600.— | 580.— | Mark Zement | 1300. | 1190. |
| Bismarckhütte | —.— | —.— | Masch. A.-Nb | 949.50 | —.— |
| Boch. Gels. Str. | —.— | —.— | Masch. Baum | 1210. | 1203. |
| Boch. Gußstahl | 1345. | 1350. | Mülh. Bergw. | 1870. | 1900. |
| Braunk. u. Brik. | 1090. | 1100. | Nation. Autom | 460.— | 479.— |
| Buderus Eisen | 800.— | 805.— | Oberschl. Bed. | 910.— | 900.— |
| Busch Lüdensch | 1345. | 1290. | Orenst. Koppel | 1150. | 1100. |
| Caro | 725.— | 675.— | Phönix Bergw. | 1500. | 1480. |
| Chem. Griesh. | 800.— | 794.— | Reisholz Papier | —.— | 559.— |
| Chem. Weiler | 650.— | 675.— | Rh. Braunkohle | 1760. | 1925. |
| Chem. Ind. Gels. | 2400. | 2550. | Rh. Stahlwerke | 1315. | 1405. |
| Concordia Berg | 1700. | 1690. | Riebeck Mont. | 1800. | 1825. |
| Cons. Schalke | —.— | —.— | Romb. Hütte | 585.— | 595.— |
| Daimler Mot. | 451.— | 425.— | Rütgerswerke | 705.— | 700.— |
| D.-Lux. Bergw | 1230. | 1525. | Saroltis Schok | 1100. | 1070. |
| Deutsche Erdöl | 2450. | 2425. | Siemens Halske | 1100. | 1150. |
| Deutsche Kali | 1925. | 1945. | Schuckert Co. | 750.— | 800.— |
| Deutsch. Masch | 699.— | 652.— | Schwelm. Eisen | 2920. | 2920. |
| D. Schachtbau | 2530. | 2500. | Thale Eisen | —.— | —.— |
| Deutsch. Walf. | 1525. | 1630. | Westfalia Eis. | 1600. | 1600. |
| Dittmann Neun. | 5700. | 5750. | Westf. Drahtw | 510.— | 500.— |
| Dürkopp | 600.— | 610.— | „ Eis. u. Draht | 590.— | 622.— |
| Dynamit Nobel | 700.— | 706.— | Wicking Zem. | 1010. | 1428. |
| | | | Witt. Gusstahl | 2800. | 2800. |
| | | | Zellst. Waldhof | 730.— | 702.— |

p. **Berliner Wertpapierbörse** vom 25. Juli. Die Börsen machte heute wieder einen sehr geschäftsstillen Eindruck. Im Devisengeschäft waren die Umsätze bei leicht schwankenden Kursen ungleichmäßig. Auch am Effektenmarkt waren die Kursveränderungen bei im ganzen belanglosen Umsätzen nicht erheblich. Bald nach Feststellung der ersten Kurse flackerte am Montanmarkt der durch die allgemeinen mißlichen Verhältnisse unter Druck gehaltene Haussewille erneut auf. „Die führenden Papiere wie Harpener, Rheinstahl, Rheinische Braunkohlen, Gelsenkirchener erfuhren beträchtliche Kursaufbesserungen. Dieser Aufschwung war aber nur von kurzer Dauer. Die erzielten Gewinne gingen größtenteils wieder verloren. Die Börse versank in die alte Geschäftslosigkeit.

p. **Schwabenbrauerei A.-G. Düsseldorf.** Der Aufsichtsrat beantragte die Erhöhung des Aktienkapitals um 8 Millionen auf 15 Millionen Mark. Die neuen Aktien werden von einer Bankengruppe unter Führung des Bankhauses Trinkaus übernommen und den alten Aktionären derart angeboten, daß auf 4 alte drei neue Aktien bezogen werden können.

p. **Malmedy u. Co. Maschinenfabrik A.-G., Düsseldorf.** Der Aufsichtsrat beantragt die Verdoppelung des Aktienkapitals von acht Millionen auf 16 Millionen. Die neuen Aktien, die ab 1. April 1922 dividendenberechtigt sind, wurden von einer Bankengruppe des Bankhauses Trinkaus übernommen und werden den alten Aktionären zu 115 Prozent angeboten.

**Braunkohlenbergwerke Glimmerode u. Bransrode am Meißner.** Am Samstag wurde in Kassel die außerordentliche Gewerkenversammlung der Braunkohlengewerkschaft Glimmerode bei Hessisch-Lichtenau abgehalten; in der Versammlung waren 567 Kuxen vertreten. Es wurde einstimmig beschlossen, zwecks weiteren Ausbaues der zur Gewerkschaft Glimmerode gehörigen Kohlenzechen in Glimmerode und in Bransrode am Meißner eine Zubuße von zehn Millionen Mark einzufordern, und zwar werden auf jeden Kux 5000 Mark am 1. August und weitere 5000 Mark am 1. September d. J. eingezogen. Diese Mittel sind erforderlich, um beide Braunkohlenzechen so auszubauen, daß sie eine arbeitstägliche Förderung von mindestens 1500 Tonnen zusammen erreichen, die erforderlich sind, um die Hauptabnehmer der in Glimmerode und Bransrode geförderten Rohkohlen, nämlich die im Werragebiet belegenen Kaligewerkschaften des Wintershall-Konzerns, ihrem beständig gesteigerten Bedarfe entsprechend mit Braunkohlen zu versorgen. Glimmerode beschäftigt jetzt eine Belegschaft von 480—500 Mann; die Anlagen der Gewerkschaft sind im vollen Ausbau begriffen, die kleinen Schächte werden ausgebaut und in einem Zentralschacht konzentriert, unter Tage wird eine Kettenbahn angelegt, deren Bau im Gange ist, ebenso die Querschläge zu den einzelnen vier Flözen und eine große Bunkeranlage. Die gegenwärtige Förderleistung beträgt 800 Tonnen; der Streik der Bergarbeiter auf Glimmerode, der fünf Wochen dauerte, hat den Fortgang all dieser Arbeiten zwar gestört, aber doch nicht unterbrochen; die Verwaltung hofft, schon im nächsten Jahre auf Glimmerode eine Förderung von 1000 Tonnen arbeitstäglich zu erreichen. In Bransrode am Meißner ist die Belegschaft auf 300 Mann gestiegen, die Förderung arbeitstäglich auf rund 350 Tonnen, sie soll im nächsten Jahre auf mindestens 500 Tonnen gesteigert werden, zudem nennenswerte Kohlenmengen von neuem erschlossen worden sind. Der Betrieb auf Bransrode ist bisher ruhig und gleichmäßig verlaufen, weitere Ausbauarbeiten über Tage sind in Angriff genommen, trotzdem können naturgemäß die erforderlichen großen Erweiterungsbauten zwecks Steigerung der Erzeugung weder in Glimmerode nach auf Bransrode aus den Betriebsüberschüssen allein beschafft werden, und obwohl bisher die gesamten Anlagen unbelastet sind, erscheint es zweckmäßig, die jetzt erforderlichen Mittel durch Zubußen aufzubringen und die Aufnahme einer Obligationsanleihe erst für später ins Auge zu fassen. Aus diesem Grunde hofft die Verwaltung, daß eine weitere Inanspruchnahme der Kuxeninhaber mit Zubußeanforderungen wird vermieden werden können.

p. **Kölner Warenbörse** vom 25. Juli. Die Stimmung war fest bei geringem Angebot. Es wurden notiert: Reis (Burma) 36 bis 37, Rüböl 104, Salatöl 115, Sultaninen 240, Korinthen 122, Graupen 31 bis 33, Haferflocken 57 bis 58, Kakao (holl.) 120, weiße Bohnen 32 bis 33, Schmalz 155 bis 156, alles für 1 Kilo; Rohkaffee 140 bis 142 das Pfund, Eier 7,50 bis 8,25 das Stück.

p. **Kölner Getreidebörse** vom 25. Juli. Die Preise waren ziemlich behauptet. Die Käufer zeigten Zurückhaltung. Es wurden notiert: Weizen 2425 bis 2450, Roggen 1950 bis 1975, Hafer 2300 bis 2325, Wintergerste 2100 bis 2150, Futtergerste 2150 bis 2200, Mais grob 2000 bis 2050, Mais La Plata 2125, bis 2150, Rübkuchen 1500, Palmkuchen 1775, Zuckerschnitzel 1400 bis 1450, Wiesenheu 1530 bis 1500, Kleeheu 1700 bis 1800, Stroh 450 bis 490, alles die 100 Kilo.

p. **Düsseldorfer Kurenbörse** vom 25. Juli. Auf sämtlichen Märkten herrschte Zurückhaltung. Die Kurse waren meist leicht abgeschwächt, jedoch hauptsächlich nomineller Natur, weil auf der ganzen Linie nur sehr wenig Geschäfte zustande kamen. Das gilt sowohl für Kohlen- als auch für Kalikuxen. Auch der Markt der Braunkohlenkuxen lag still. Auf dem Markt der unnotierten Werte waren die Notierungen meist etwas schwächer, nur Deutsche Lastauto wurden in größeren Posten zu ungefähr letzten Preisen gehandelt. Friedrich Elsas jr. büßten etwa 30 Prozent ein. Auch Trag waren niedriger. Becker-Stahl hatten zunächst eine Kurserhöhung aufzuweisen, die sich im Verlauf der Börse aber wieder verlor.


**Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.**
Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.
Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.
Wir sind unter Vorbehalt für
**Kohlenwerte**

| Name | Käufer | Verk. | Name | Käufer | Verk. |
|---|---|---|---|---|---|
| Adler-Aktien | 520 | 545 | Graf Schwerin | — | 420000 |
| Admiral | 95000 | — | Heinrich | 130000 | 145000 |
| Alte Hasse | 55000 | 60000 | Helene & Amal. | — | — |
| Blankenburg | 260 | 290 | Joh. Deimelsb. | 155000 | 175000 |
| Carl Friedrich | 220 | 240 | König Ludwig | — | 1150000 |
| Caroline | 72000 | 75000 | Langenbrahm | 235000 | 255000 |
| Carolus Magn. | 100000 | 112000 | Lothringen Akt | 2250 | 2350 |
| Constant d. Gr. | 750000 | — | Mansfeld | 360 | 380 |
| Dietgardt | 129000 | 133000 | Moers | 68000 | 72000 |
| Ewald | 1150000 | 1225000 | Oespel | — | — |
| Fr. Vog. u. Unv. | — | — | Schürb. & Charl | 95000 | 110000 |
| Fröhl. Morgens | 125000 | — | ver. Trappe | — | 55000 |
| Glückaufsegen | 110000 | 120000 | Trier | 95000 | 140000 |
| Gottessegen | 85000 | 91000 | Wilhelm. Mevis | 131000 | 138000 |
| Graf Bismarck | 950000 | 1000000 | | | |

**Braunkohlenwerte**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Bruckd.-Nietl. | 140000 | 160000 | Michel | 177000 | 183000 |
| Düren | — | — | Oscarsegen | — | 24500 |
| Gute Hoffnung | — | 65000 | Vesta | 105000 | 115000 |
| Leonhardt | 175000 | 185000 | Zukunft Akt. | 825 | 850 |

**Kaliwerte**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Alexandershall | 155000 | 165000 | Hüpstedt | 68000 | 72000 |
| Asse | 109000 | 114000 | Johannashall | 49000 | 52000 |
| Bergmannssegen | 232000 | 245000 | Kaiseroda | 350000 | — |
| Burbach | 380000 | 420000 | Königshall | 153000 | 162000 |
| Carlsfund | 66000 | 75000 | Marie | 18000 | 22000 |
| Carlshall | 30000 | 40000 | Marie-Luise | 18000 | 22000 |
| Desdemona | 108000 | 113000 | Max | 18000 | 22000 |
| Einigkeit | 95000 | 99000 | Meimershaus. | 11500 | 12300 |
| Ellers | 50000 | 60000 | Neurode | 40000 | 45000 |
| Felsenfest | 69000 | 73000 | Neustaßfurt | — | 330000 |
| Friedrichroda | 47000 | 50500 | Oberhof | 27000 | — |
| Fürstenhall | 71000 | 74500 | Prinz Eugen | — | — |
| Gebra | — | 85000 | Ransbach | 60000 | 65000 |
| Glückauf-Sond | 300000 | 330000 | Reinhardsbrun | — | 34000 |
| Großh. W. Ernst | — | — | Rothenberg | 12900 | 13400 |
| Günthershall | 59000 | 61000 | Salzmünde | 80000 | 84000 |
| Habichhorst | 37000 | 39000 | Siegfried I | 61000 | 65000 |
| Hansa-Silberb. | 114000 | 120000 | Siegfr. Giesen | — | — |
| Heiligenroda | 218000 | 228000 | Thüringen | 40500 | 44000 |
| Heimboldsh. | 24000 | — | Volkenroda | 104000 | 108000 |
| Herfa | 40000 | 41000 | Walbeck | 73000 | 77000 |
| Heringen | 53000 | 55000 | Wilhelmshall | 155000 | 165000 |
| Hildasglück | — | — | Wintershall | 1250000 | 1400000 |
| Hindenburg | 150000 | — | | | |

**Kali-Aktien**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Adler Stamm-A | 1250 | 1325 | Krügershall-A. | 710 | 730 |
| Hall. Kali-Akt. | 1200 | 1275 | Ronnenberg-A | 2600 | 2800 |
| Heldburg-Akt. | 1375 | 1425 | Salzdethfurt-A | — | — |
| Wittekind | — | — | Siegmunds-A | 2450 | 2600 |

**unnotierte Werte**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Beck Stahlw Ak | 500 | 525 | R. Wolf | 725 | 775 |
| Benz alte Akt | 500 | 515 | Halbach M.-A. | 410 | 440 |
| Benz junge Akt | 470 | 490 | Kabelw. Rheydt | 580 | 605 |
| Brückb. Flend. | 700 | 775 | Ludwig Ganz | — | — |
| Deut. Masch-A | — | — | Lamb. & May | — | — |
| Dortm. Ritterbr | — | — | Rh.-W. Elekt-A | 660 | 680 |
| Elitewerke-A. | — | — | Uerd. Wag.-A. | 675 | 700 |
| Eis. Westfalia | — | — | R-W. Schachtb | 400 | 430 |


## Aus dem Landkreise Bochum.

× **Weitmar**, 25. Juli. Der Mieterschutzverein Weitmar-Nord hielt beim Wirt Boese eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, um Aufklärung zu geben über die Handhabung des Reichsmietengesetzes und die Ausführungsbestimmungen durch die Mieterräte. Der Referent, Geschäftsführer Jablinski, erläuterte in einem einstündigen Vortrag die Aufgaben der Mieterräte. Im Anschluß hieran wurde die Beschwerde bezgl. der Lichtanlage behandelt. Die Aussprache ergab, daß die Gemeindebehörde aufgefordert werden soll, den Hausbesitzern ein Darlehen zu geben, um die Zähleranlagen auszuführen. In Anlehnung an das Reichsmietengesetz sollen dann die Mieter die Tilgung und Verzinsung übernehmen. Die Mitglieder erwarten, daß die Gemeindebehörde die Sachlage baldigst klärt. In die Wohnungskommission ist an Stelle des Herrn Stramm Herr August Schnelle, Weitmar, Essenerstr. 28, gewählt worden.

## Sport.

— **Turn- und Sportvereinigung Laer.** Beim Wittekind-Bergfest der Deutschen Turnerschaft am 23. Juli errang Robert Hack von der Turn- und Sportvereinigung Laer den 4. Kranz im Vierkampf mit 79 Punkten.


Höchster **Tageskurs** Alt-Gold, Alt-Silber, Platin, Brillanten. Reeller Einkauf. 11444 Langen, Goldschmiedemeister. Humboldtstr. 27.

Heiratsgesuche
**Ehevermittlung** 818 „FORTUNA" Bochum Märkischestraße 10 Gegründet 1912 Inhaber: Frau B. Wyleck vermittelt vornehme, sowie Ehen jeden Standes streng reell und diskret Rückporto. Günstige Gelegenheit für Damen

**Stimmungen und Reparaturen** von Pianos 2c. übernimmt Pianohaus J. Marks, Kaiser-Wilhelmstraße

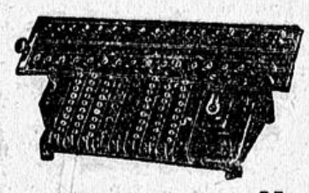
8144 Das **Ideal-Getränk** des Bierkenners ist **Bochumer Victoria-Pilsener** Garantiert rein aus Malz und Hopfen. **Versand auch in Flaschen** — in jeder beliebigen Menge — Telefon 270.

**Personen-Schiffahrt** Herne-Henrichenburg
Fahrplan: An Sonn- u. Feiertagen ab Mitte Mai bis Mitte September auch an jedem Mittwoch. Abfahrt ab Herne: 3⁰⁰ Uhr nachm. Abf. ab Henrichenburg: 6³⁰ abends. Sonderfahrten nach Vereinbarung.
Auskunft: Karl Schmidt, Dortmund Bootshaus, Fernr. 7244 u. Bootsführer Schmitz, Herne, Bismarckstr. 28 Fernr. 932.

**NDL** NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
Regelmäßiger Passagier- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern
Von BREMEN nach NORD-AMERIKA u. SÜD-AMERIKA
Vorzügliche Passagier-Einrichtungen für alle Klassen. Anerkannt vorzügliche Verpflegung, geräumige Promenadendecks, behagliche Gesellschafterräume. Beste hygienische und sanitäre Einrichtungen.
Auskünfte, Druckesachen u. Platzbelegung durch: In Bochum: Aug. Dörpinghaus, Kaiserstr. 26

Grosse Posten **Schultornister und -Taschen** für Mädchen u. Knaben eingetroffen. Nur best. Sattlerarbeit Spezialität: Rindleder-Tornister und -Schultaschen. Noch billigste Preise Mummelthey sche Zentralbuchhandlung Bochum Obere Marktstraße 31. Telefon 3968.

**Kaufe** und zahle die Preise für gebr. Möbel aller Art, a. Sofas, Herde, Federbetten u. s. w. Karte genügt, komme sofort. Baron, Sadastr. 46e


**Rechenmaschinen** Reparaturen Büromaschinen neu u. gebraucht **HUGO MÖLLER** Kronenstraße 31. Fernsprecher 1620

Versicherung von **Reisegepäck** übernimmt zu weitestgehenden Bedingungen u. mäßigen Prämien **Subdirektor Otto Plangemann** Bochum, Rechenerstraße 14, Fernruf 1615.